

Auswertung der „Onlinebefragung zum Parteiprogramm Teil 1“

Inhaltsverzeichnis

• Hinweise zur Datenerhebung	S. 2
• Kurzüberblick	S. 3
• Außen- und Sicherheitspolitik	S. 4
• Euro- und Währungspolitik	S. 21
• Asyl- und Zuwanderungspolitik	S. 33
• Familienpolitik	S. 43

Auswertung der „Onlinebefragung zum Parteiprogramm Teil 1“

Hinweise zur Datenerhebung

- Befragungszeitraum: 01.12.2015 bis 14.12.2015
- Versand Erinnerungsmail zur Teilnahme an die Mitglieder am 09.12.2015
- Abgefragte Themenfelder: Außen- und Sicherheitspolitik, Euro- und Währungspolitik, Asyl- und Zuwanderungspolitik, Familienpolitik
- Anzahl der Fragen: 46, davon 4 Freitextfragen
- Grundgesamtheit (Anzahl der versendeten Einladungen): 15.936 Mitglieder
- Rücklauf* der ausgefüllten** Fragebogen zum 14.12.2015: 4.620
- Beteiligungsquote: **29,0 %**
- Jeder ausformulierten Einzelfrage pro Themenbereich folgt eine grafische Darstellung der Ergebnisse
- Die Auswertung und Darstellung der Freitextantworten bezieht sich ausschließlich auf die Häufigkeit der Nennungen zu Einzelthemen innerhalb eines Themenbereichs. Die Reihenfolge der Darstellung ergibt sich aus der Priorität der Nennungen. Diese Auswertung ist nicht repräsentativ.
- Die Auswertung der Freitextantworten befindet sich jeweils am Ende eines Themenabschnitts.

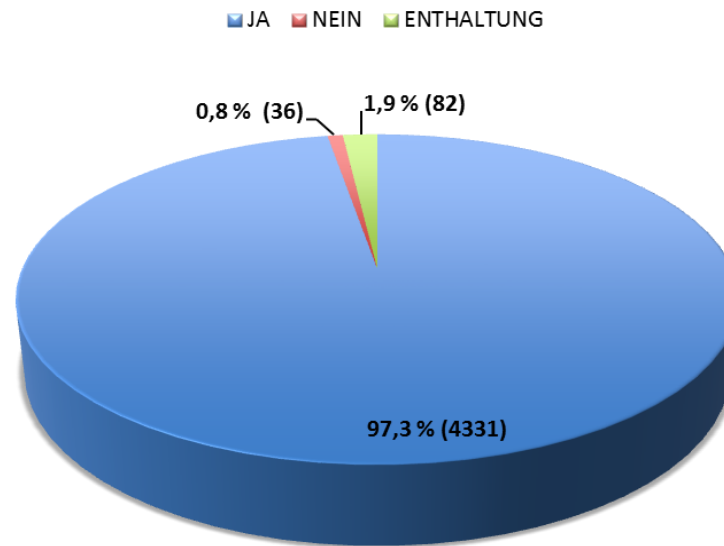
*Auswertung Stand 14.12.2015, 18:00 Uhr / ** Anzahl der vollständig ausgefüllten Fragebögen

Kurzüberblick

- Grundsätzlich dominiert ein homogenes Meinungsbild bei den befragten Mitgliedern. So votieren beispielsweise die Befragten mit Quoten zwischen 95 % bis 99 % für die grundsätzliche Aufnahme der abgefragten Themenfelder „Außen- und Sicherheitspolitik“, „Euro- und Währungspolitik“, „Asyl- und Zuwanderungspolitik“ sowie der „Familienpolitik“ in das Bundesparteiprogramm (vgl. S.4, 21, 33, 43).
- Keine Einzelfrage wurde negiert. Es zeigt sich insgesamt ein sehr hoher Zustimmungsggrad. Nur vereinzelt lassen sich differenziertere Meinungsbilder identifizieren, etwa bei:
- der Außen- und Sicherheitspolitik: 77,8 % der Befragten stimmen grundsätzlich für eine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht. Davon befürworten 33,8 % die Möglichkeit, dass Frauen freiwillig Dienst in den Streitkräften leisten können. Mit knapper Mehrheit von 44 % wird jedoch dafür votiert, dass eine allgemeine Wehrpflicht für Männer um eine allgemeine Dienstpflicht gleicher Dauer für Frauen ergänzt werden sollte, wobei der Dienst in den Streitkräften für Frauen freiwillig bleibt (vgl. S.17).
- 86,6 % stimmen grundsätzlich einer Neugestaltung der Entwicklungshilfe Deutschlands im Sinne einer „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu. 68,8 % votieren dabei für eine Eingliederung der Entwicklungshilfe in das Außenministerium. Im Gesamtkontext der Befragung kam es bei dieser Frage mit 459 Stimmen (10,3%) prozentual zu den meisten Enthaltungen (vgl. S.19).
- der Euro- und Währungspolitik: 36,1 % fordern den Ausstieg Deutschlands aus dem Euro, sofern die EU nicht unverzüglich zu den ursprünglichen Stabilitätsgrundsätzen des Euros zurückkehrt. Dem gegenüber votieren 61,2 % zunächst für eine Volksabstimmung über den Verbleib Deutschlands im Euro. Aus der Fragestellung ist jedoch nicht ersichtlich, ob die 61,2 % Befürworter der Volksabstimmung tatsächlich auch Euro-Gegner sind (vgl. S.24).
- der Asyl- und Zuwanderungspolitik: 98,7 % der Befragten fordern eine völlige Kostentransparenz des Zuwanderungsgeschehens (vgl. S.36).
- der Familienpolitik: Themenbereich mit höchster Homogenität. Die Forderung besteht nach einem traditionellen Familienbild. Hoher Konsens besteht auch bei der Frage nach der Ablehnung von Gendermainstreaming und Frühsexualisierung (vgl. S.47).

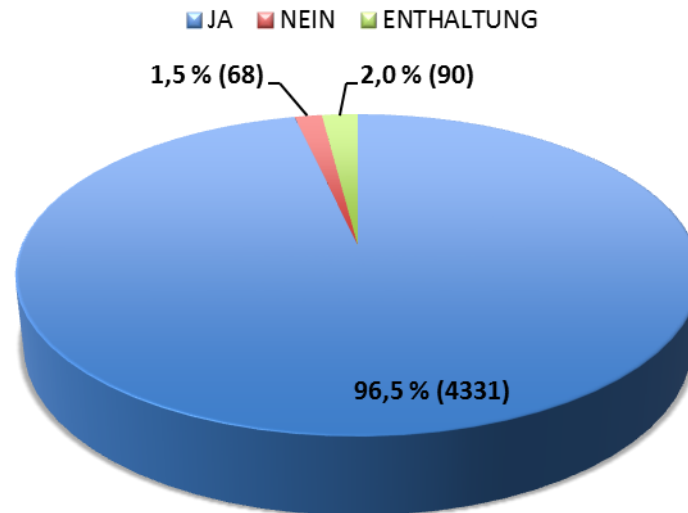
Themenbereich: Außen- und Sicherheitspolitik

Frage 1: Soll der Themenkomplex der Außen- und Sicherheitspolitik in das Parteiprogramm aufgenommen werden?



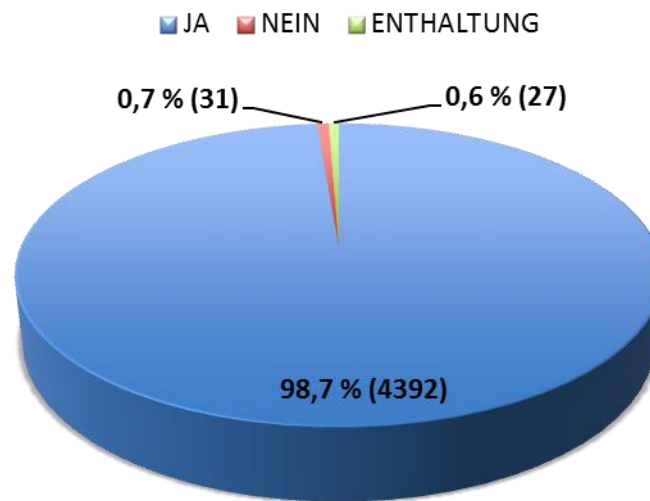
Themenbereich: Außen- und Sicherheitspolitik

Frage 2: Die Alternative für Deutschland fordert die Formulierung und Umsetzung einer eigenständigen Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands. Deutschland vernachlässigt bis heute die Formulierung und angemessene Vertretung eigener Interessen. Deutschland muss vielmehr einen seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung und Interessenlage angemessenen Beitrag zur Formulierung und nachhaltigen Umsetzung seiner strategischen Zielsetzungen innerhalb der EU, der NATO oder der UNO leisten. Es bedarf klarer Konzepte, wie und mit welchen Mitteln Frieden erreicht werden soll. Es ist erforderlich festzustellen, welche Belastungen und Opfer damit verbunden sind. Die derzeitige Entschlusslosigkeit und Anpassungspolitik der Bundesregierung führt dazu, dass die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands zunehmend durch andere Staaten und Institutionen beeinflusst und gesteuert wird. Dies führt zu einem weiteren Erosionsprozess der sicherheitspolitischen Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit in Deutschland und Europa. Deswegen ist Deutschland zunehmend auf den Schutz und die Unterstützung von Bündnispartnern, insbesondere der USA, angewiesen und kann eigene Interessen nicht angemessen vertreten. Die AfD fordert deshalb die Erarbeitung und Umsetzung einer langfristigen ressortübergreifenden Gesamtstrategie zur Außen- und Sicherheitspolitik für Deutschland. Dabei müssen die nationalen Interessen und das Wohl des deutschen Volkes im Mittelpunkt stehen.



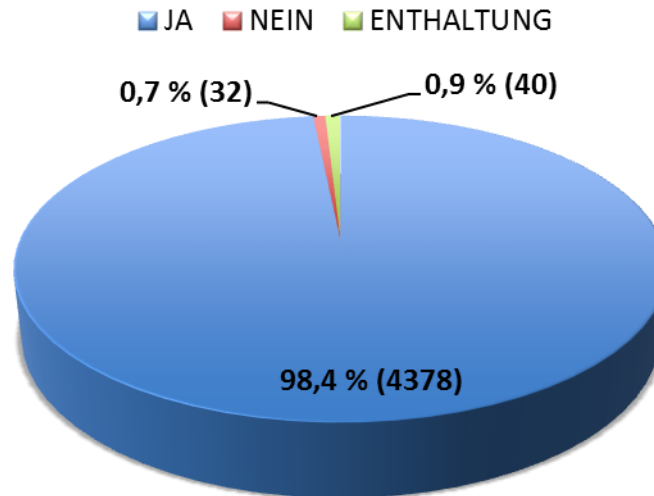
Themenbereich: Außen- und Sicherheitspolitik

Frage 3: Die Alternative für Deutschland fordert, die europäische Vielfalt und Identität zu bewahren. Die große Vielfalt der verschiedenen nationalen und regionalen kulturellen Traditionen macht das Besondere unseres Kontinents aus. Dem steht die Tendenz zur Umwandlung des heutigen europäischen Staatenbundes hin zu einem zentralistischen Bundesstaat entgegen. Die AfD bekennt sich zu einem Europa souveräner Staaten. Die AfD lehnt die „Vereinigten Staaten von Europa“ ab. Unser Ziel ist ein souveränes Deutschland, das die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger garantiert, ihren Wohlstand fördert und seinen Beitrag zu einem friedlichen und prosperierenden Europa leistet. Wir stehen für die Freiheit der europäischen Nationen vor fremder Bevormundung. Rechtsstaatliche Strukturen, wirtschaftlicher Wohlstand und ein stabiles, leistungsgerechtes Sozialsystem gehören in die nationale Verantwortung. Wir unterstützen Strukturreformen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Staaten und wenden uns entschieden gegen den Weg in eine Transferunion und weitere zentralistische Tendenzen.



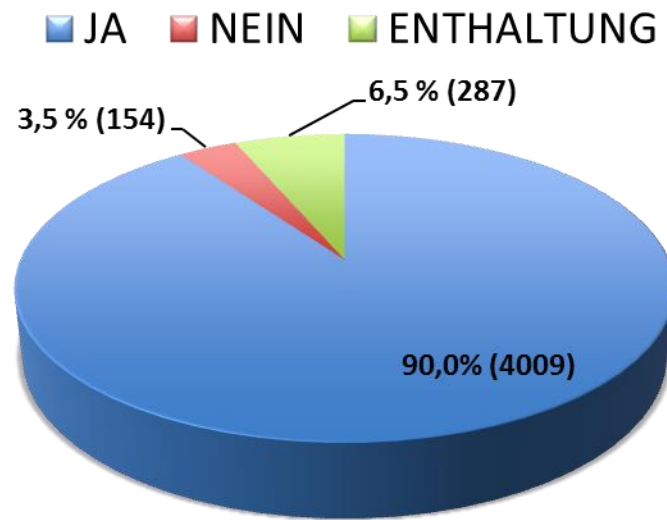
Themenbereich: Außen- und Sicherheitspolitik

Frage 4: Die Alternative für Deutschland fordert die konsequente Einhaltung der Demokratie und Subsidiarität in Europa. Die Politik in Europa ist durch einen Prozess zunehmender Entdemokratisierung gekennzeichnet. Die EU ist zu einem undemokratischen Konstrukt geworden, deren Politik von demokratisch nicht kontrollierten Bürokratien gestaltet wird. Damit Europa wieder ein Leuchtturm für Freiheit und Demokratie in der Welt wird, ist eine grundlegende Reform der EU erforderlich. Dafür ist insbesondere eine Rückverlagerung von Kompetenzen an die Nationalstaaten, bei konsequenter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips notwendig. Alle EU-Entscheidungen, die von substantiellem Gewicht für das Gemeinwesen sind, müssen dem nationalen Parlamentsvorbehalt oder einer Volksabstimmung unterworfen sein. Dem Anteil der Bevölkerung eines Staates an der Gesamtbevölkerung muss in allen Institutionen der EU Rechnung getragen werden. Dies gilt auch in Bezug auf die deutsche Sprache als größte Sprachgemeinschaft Europas.



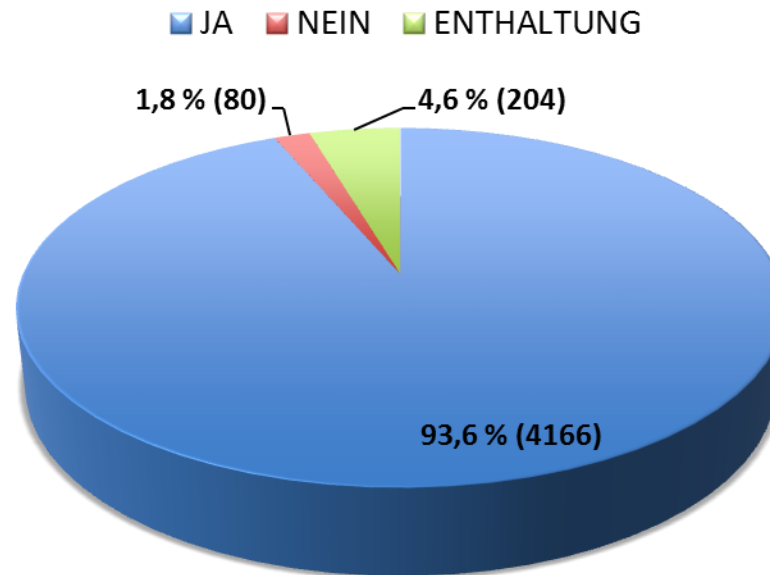
Themenbereich: Außen- und Sicherheitspolitik

Frage 5: Die Alternative für Deutschland fordert eine Intensivierung der zwischenstaatlichen Abstimmung und lehnt eine weitere Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik ab. Die AfD spricht sich dafür aus, dass in der Außenpolitik gesamteuropäische Interessen gebündelt werden, ohne die Nationalstaaten in ihrer Souveränität, demokratischen Mitwirkung und Rechtsgestaltung einzuschränken. Eine formelle gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Europäischen Union (GASP) lehnen wir ebenso ab, wie einen gemeinsamen Europäischen Auswärtigen Dienst. Stattdessen fordern wir eine Intensivierung der zwischenstaatlichen Abstimmung unter den europäischen Partnerländern.



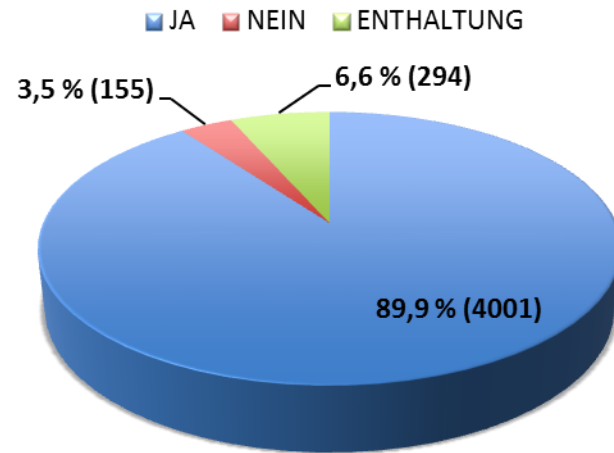
Themenbereich: Außen- und Sicherheitspolitik

Frage 6: Die Alternative für Deutschland fordert ein flexibles Netzwerk verschiedener Mitgliedschaften auf europäischer Ebene und Kooperationen mit Nicht-europäischen Staaten. Unterhalb der Vollmitgliedschaft befürworten wir ein flexibles Netzwerk verschiedener Mitgliedschaften und Geschwindigkeiten, an dem jeder europäische Staat gemäß seinen Möglichkeiten teilnehmen kann, wie das z.B. in der Westeuropäischen Union der Fall war. Beitritte nichteuropäischer Staaten sollten aus kulturellen und geographischen Gründen nicht weiter verfolgt werden. In Beziehung mit diesen Ländern, beispielsweise der Türkei, müssen die strategischen außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands berücksichtigt werden.



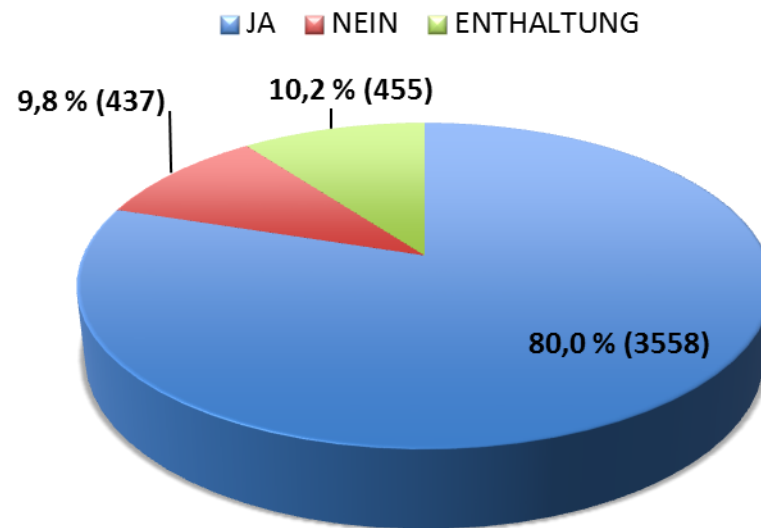
Themenbereich: Außen- und Sicherheitspolitik

Frage 7: Die Alternative für Deutschland fordert eine aktive und konstruktive deutsche Mitgestaltung der internationalen Politik. Dies erfordert eine grundlegende Reform der UNO und einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat. Als eine der großen Wirtschaftsnationen der Welt liegt die Entwicklung und Pflege guter Beziehungen zu allen Staaten im deutschen Interesse. Die Mitwirkung in internationalen Bündnissen und Organisationen ist ein Grundpfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Zusammenarbeit wird durch zwischenstaatliche Kooperationen ergänzt. Die Vereinten Nationen sind für Fragen der Sicherheit und des Friedens auf der Welt unverzichtbar. Die AfD setzt sich dafür ein, dass Deutschland als aktives Mitglied der UNO bei der Lösung und Bewältigung internationaler Konflikte eine aktive und konstruktive Rolle spielt. Wir setzen uns für eine diplomatische Entschärfung internationaler Krisenherde ein, um humanitäre Katastrophen und den Verlust der Heimat von Bevölkerungsgruppen zu vermeiden, auch um unkontrollierten Wanderungsbewegungen in Richtung Europa entgegen zu wirken. Der Schutz deutscher und anderer nationaler Minderheiten und die universellen Menschenrechte sind Grundwerte der Politik der AfD. Wir setzen uns für das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten ein und fordern eine Beschränkung von Organisationen und international agierenden Konzernen, die Einfluss auf die Innenpolitik anderer Länder oder deren Eliten zu nehmen versuchen, um ihre politischen oder wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Die AfD setzt sich für eine Stärkung und Reform der Vereinten Nationen, einschließlich des Sicherheitsrates, ein. Den veränderten Gewichtungen in der Welt sollte Rechnung getragen werden. Als eine weltweit anerkannte Nation mit einer stabilen Demokratie und als drittgrößter Beitragszahler der UNO fordern wir für Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO. Aufgrund des Völkergewohnheitsrechts und in Übereinkunft mit den früheren Siegermächten haben sich die Grundzüge der Feindstaatenklausel grundlegend gewandelt. Es bleibt die Aufgabe diese nun endgültig zu streichen.



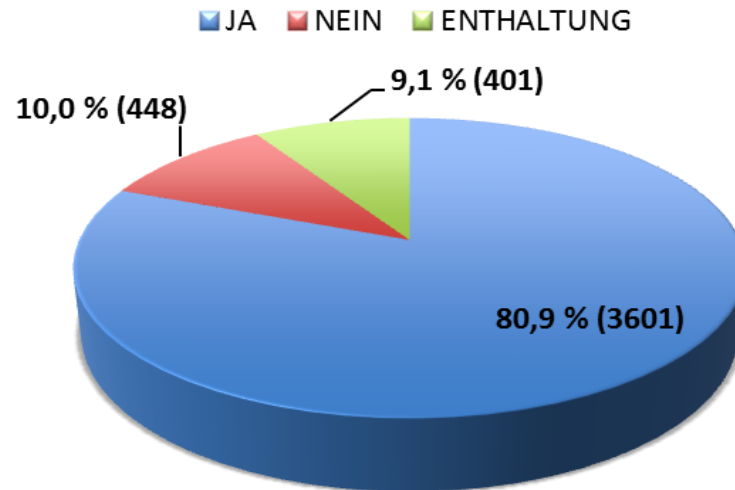
Themenbereich: Außen- und Sicherheitspolitik

Frage 8: Die Alternative für Deutschland befürwortet die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO als Verteidigungsbündnis und fordert eine grundlegende Reform der NATO und die Rückbesinnung auf deren Aufgabe als kollektives Verteidigungsbündnis. Die Mitgliedschaft in der NATO entspricht den außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands, soweit die NATO sich auf ihre Aufgabe als Verteidigungsbündnis beschränkt. Wir setzen uns für eine deutliche Stärkung des europäischen Teils der Atlantischen Allianz ein. Unabdingbar für die Erreichung dieses Ziels ist die Wiederherstellung der militärischen Fähigkeiten der deutschen Streitkräfte, um Anschluss an die strategischen und operativen Erfordernisse zu finden. Diese von der AfD geforderte Wiederherstellung soll primär die Landesverteidigung als zentrale Aufgabe der Bundeswehr sicherstellen, aber auch die deutschen Streitkräfte in erforderlichem Maße zur Bündnisverteidigung und Krisenvorsorge befähigen. Die AfD sieht in der berechenbaren Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber den NATO-Bündnispartnern eine wichtige Aufgabe deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, um auf diesem Wege mehr Gestaltungsmacht und Einfluss zu entfalten. Wir treten dafür ein, dass jedes Engagement im Rahmen der NATO im Einklang mit den deutschen Interessen steht und einer zielgerichteten Strategie entspricht. Die NATO muss so reformiert und die Streitkräfte der europäischen Partnerstaaten so restrukturiert werden, dass sie die Sicherheit in Europa und an seiner Peripherie gewährleisten können. Der Status der alliierten Truppen in Deutschland muss neu verhandelt werden.



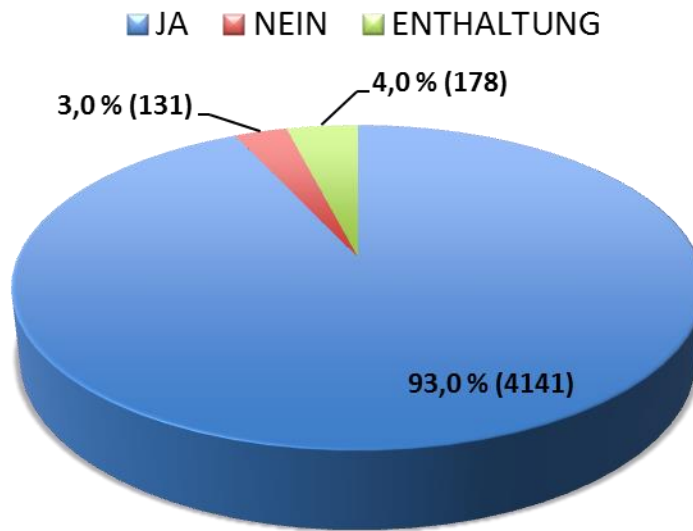
Themenbereich: Außen- und Sicherheitspolitik

Frage 9: Die Alternative für Deutschland fordert, dass Auslandseinsätze mit Beteiligung deutscher Streitkräfte grundsätzlich nur unter einem UNO-Mandat und unter Berücksichtigung deutscher Sicherheitsinteressen erfolgen sollen. NATO-Einsätze mit Beteiligung deutscher Streitkräfte außerhalb des Bündnisbereichs sollten grundsätzlich unter einem UNO-Mandat und nur unter Berücksichtigung deutscher Sicherheitsinteressen erfolgen.



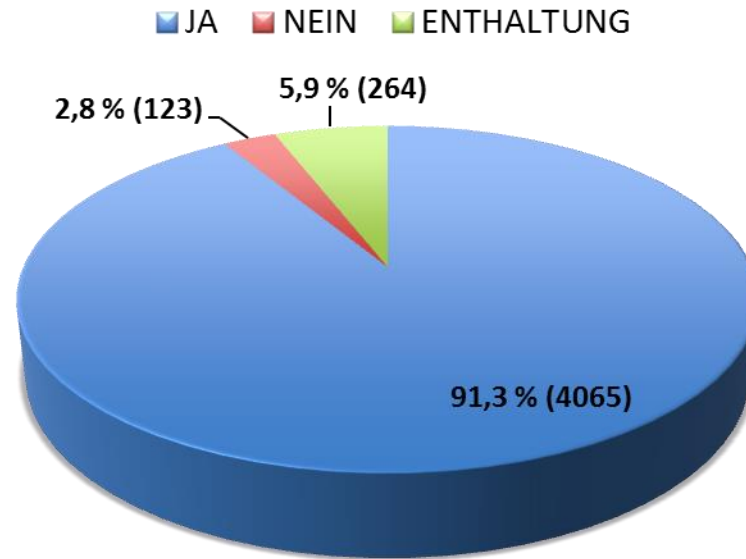
Themenbereich: Außen- und Sicherheitspolitik

Frage 10: Die Alternative für Deutschland fordert die Einbindung Russlands in die Sicherheitsarchitektur Europas. Für Deutschland, Europa und die NATO ist das Verhältnis zu Russland von maßgeblicher Bedeutung, da Sicherheit in und für Europa ohne dessen Einbindung nicht gelingen kann. Wir setzen uns daher dafür ein, Konflikte in Europa unter Berücksichtigung der jeweiligen Interessen friedlich und gemeinsam zu bewältigen und die Zusammenarbeit mit Russland im außen-, sicherheitspolitischen Bereich und im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu verbessern.



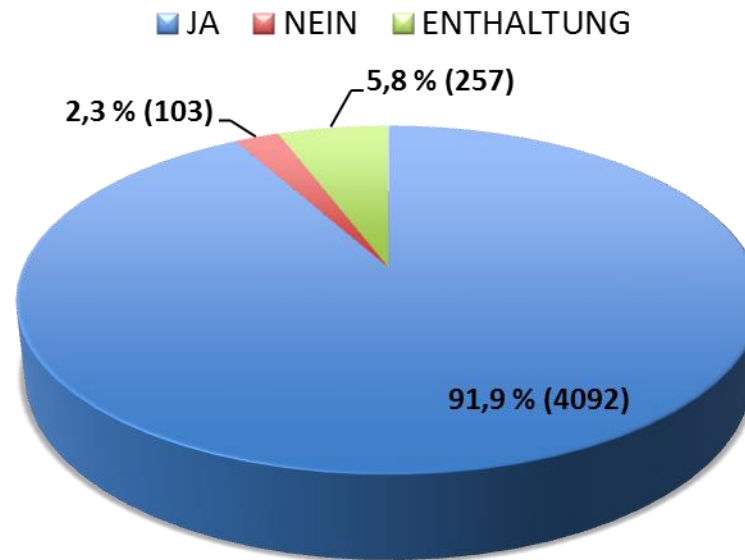
Themenbereich: Außen- und Sicherheitspolitik

Frage 11: Die Alternative für Deutschland fordert die Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr als Garant deutscher Sicherheit und nationaler Souveränität. Die deutschen Streitkräfte sind aufgrund der Vernachlässigung durch die Regierungsparteien und groben Missmanagements über nahezu drei Dekaden hinweg derzeit nur noch bedingt einsatzbereit. Sie müssen wieder vollumfänglich in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben wirkungsvoll und nachhaltig zu erfüllen. Dies ist Voraussetzung dafür, dass Deutschland in der NATO, der EU und internationalen Staatengemeinschaft als gleichberechtigter Partner wahrgenommen wird. Die AfD lehnt gemeinsame europäische Streitkräfte ab und hält an einer umfassend befähigten Bundeswehr als Eckpfeiler deutscher Souveränität fest. Dies schließt eine permanente Kooperation deutscher Streitkräfte mit denen der Bündnispartner ein.



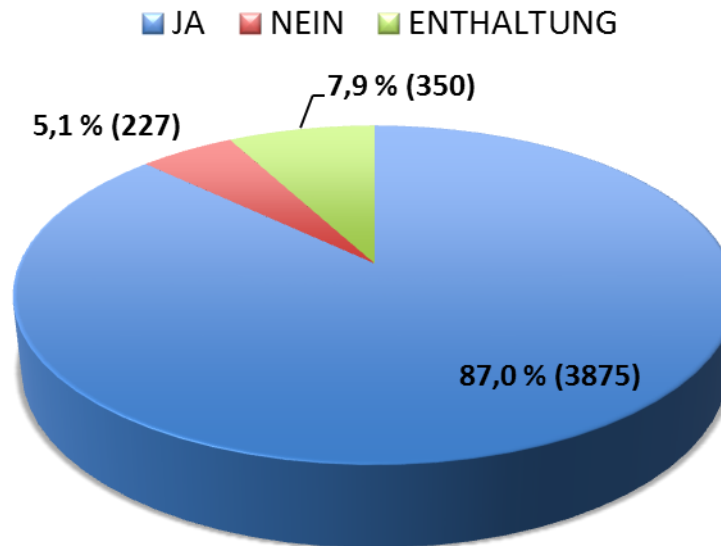
Themenbereich: Außen- und Sicherheitspolitik

Frage 12: Die Alternative für Deutschland fordert den Erhalt und die Förderung unverzichtbarer nationaler wehrtechnischer Kernfähigkeiten in Deutschland. Die Alternative für Deutschland fordert in Schlüsseltechnologieebereichen, auch in den nachbenannten, national unabhängig zu bleiben, um technologisch mit der Weltspitze Schritt zu halten und Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Der Abwanderung von Schlüsseltechnologieebereichen, in denen Deutschland Weltmarktführer ist (u. a. U-Boote, Handfeuerwaffen und gepanzerte Fahrzeuge), wie sie die Bundesregierung fördert, lehnen wir ab, weil man diese Technologien zwingend braucht, um wehrtechnisch und sicherheitstechnisch unabhängig vom Ausland zu bleiben.



Themenbereich: Außen- und Sicherheitspolitik

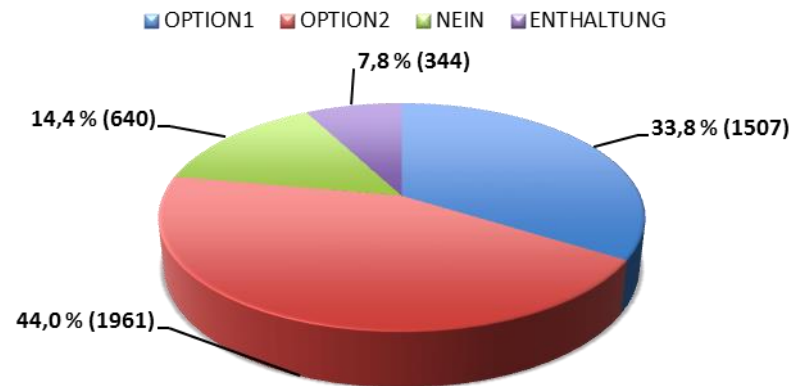
Frage 13: Die Alternative für Deutschland fordert eine substantielle Erhöhung des Wehretats, damit die Aufgaben der Landesverteidigung und der Krisenvorsorge wieder adäquat wahrgenommen werden können. Die AfD fordert, dass die Sicherheit und Freiheit Deutschlands und seiner Verbündeten im Finanzhaushalt mehr als heute angemessen berücksichtigt werden müssen. Umfang und Ausrüstung der Streitkräfte müssen sich nach deren Aufgaben und den außen- und sicherheitspolitischen Erfordernissen richten. In diesem Zusammenhang ist auch eine umfangreiche Reorganisation und Reform der Nachrichtendienste als wichtiges Mittel der Gefahrenerkennung und Gefahrenabwehr im In- und Ausland geboten. Die AfD befürwortet eine offensive und schützende Strategie gegen Cyberangriffe und Cyberspionage. Dabei muss die Informationssicherheit des Bürgers und der Infrastruktur im Mittelpunkt stehen und die Abwehrstrukturen müssen demokratisch kontrollierbar sein.



Themenbereich: Außen- und Sicherheitspolitik

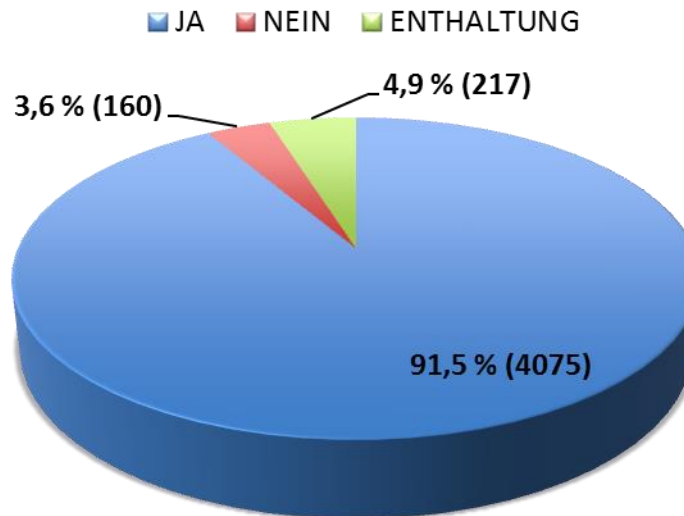
Frage 14 OPTION 1: Die Alternative für Deutschland fordert die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht. Art. 87a GG stellt fest: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Die Landesverteidigung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Sie betrifft den Kern staatlicher Existenz und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Daher ist der Auftrag der Bundeswehr Verpflichtung für jeden Staatsbürger. Wir erkennen den Ausnahmefall des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen an, sehen aber den Wehrdienst junger Männer aus allen gesellschaftlichen Schichten in den Streitkräften als Regelfall an. Durch die Rückkehr zur Allgemeinen Wehrpflicht schaffen wir die Voraussetzungen für die Identifikation der Bevölkerung mit „ihren Soldaten“ und „ihrer Bundeswehr“, mit Streitkräften, die in der Bevölkerung fest verankert sind, das Wiederaufleben des Bewusstseins der wehrhaften Demokratie, eine nachhaltige Nachwuchsgewinnung aus allen Gesellschaftsschichten und damit eine intelligentere Armee und ein breites Potential an Reservedienstleistenden. Deshalb steht die AFD für die unverzügliche Wiedereinsetzung des Grundwehrdienstes für alle männlichen deutschen Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 28 Jahren. Die Dauer des Wehrdienstes richtet sich nach den sicherheitspolitischen Herausforderungen, denen die Bundesrepublik Deutschland begegnen muss. Kriegsdienstverweigerer leisten Wehersatzdienst. Frauen sollen die Möglichkeit haben, freiwillig in den Streitkräften zu dienen.

Frage 14 OPTION 2: Die Alternative für Deutschland fordert die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht. Art. 87a GG stellt fest: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Die Landesverteidigung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Sie betrifft den Kern staatlicher Existenz und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Daher ist der Auftrag der Bundeswehr Verpflichtung für jeden Staatsbürger. Wir erkennen den Ausnahmefall des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen an, sehen aber den Wehrdienst junger Männer aus allen gesellschaftlichen Schichten in den Streitkräften als Regelfall an. Durch die Rückkehr zur Allgemeinen Wehrpflicht schaffen wir die Voraussetzungen für die Identifikation der Bevölkerung mit „ihren Soldaten“ und „ihrer Bundeswehr“, mit Streitkräften, die in der Bevölkerung fest verankert sind, das Wiederaufleben des Bewusstseins der wehrhaften Demokratie, eine nachhaltige Nachwuchsgewinnung aus allen Gesellschaftsschichten und damit eine intelligentere Armee und ein breites Potential an Reservedienstleistenden. Deshalb steht die AFD für die unverzügliche Wiedereinsetzung des Grundwehrdienstes für alle männlichen deutschen Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 28 Jahren. Die Dauer des Wehrdienstes richtet sich nach den sicherheitspolitischen Herausforderungen, denen die Bundesrepublik Deutschland begegnen muss. Kriegsdienstverweigerer leisten Wehersatzdienst. Die Allgemeine Wehrpflicht für Männer wird um eine allgemeine Dienstpflicht gleicher Dauer für Frauen ergänzt, wofür eine Grundgesetzänderung erforderlich ist. Der Dienst in den Streitkräften für Frauen ist jedoch freiwillig.



Themenbereich: Außen- und Sicherheitspolitik

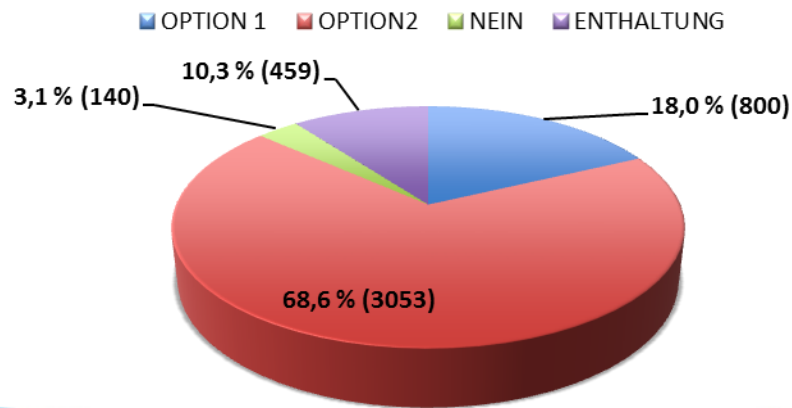
Frage 15: Die Alternative für Deutschland fordert eine souveräne Außenwirtschaftspolitik. Freier Handel ist die Grundlage unseres Wohlstands und des friedlichen Miteinanders, daher wollen wir Handelsschranken in Europa und weltweit abbauen. Außenwirtschaftliche Maßnahmen von übergeordneter Bedeutung müssen der Souveränität Deutschlands Rechnung tragen. Die AfD befürwortet daher internationale Freihandelsabkommen zwischen Staaten unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung und einheitlicher Industrie- und Sozialstandards, sowie mit temporärem Schutz für sich noch entwickelnde Volkswirtschaften. Deshalb sind multilaterale Abkommen mit offener Verhandlung und Gestaltung im Rahmen zwischenstaatlicher internationaler Organisationen vorzuziehen. Jede Abgabe von Souveränitäts- und Hoheitsrechten durch Freihandelsabkommen, die diese Kriterien gravierend verletzen, sind abzulehnen. Schiedsgerichte sind grundsätzlich bewährte Instrumente in der Wirtschaft. In Handelsabkommen müssen aber das Verhältnis von nationaler Justiz und Schiedsgerichten und die Möglichkeiten zur Berufung gegen deren Entscheidungen befriedigend geregelt sein und jederzeit auf Wunsch eines Beklagten einem Verfahren vor ordentlichen Gerichten gestatten. Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel, insbesondere bei Steuern und Investitionen, sollen parallel dazu beseitigt werden. Die AfD lehnt Freihandelsabkommen ab, wenn diese intransparent und ohne ausgewogene Interessenwahrung der beteiligten Parteien gestaltet sind und unzulässig in nationales Recht eingreifen.



Themenbereich: Außen- und Sicherheitspolitik

Frage 16: OPTION 1: Die Alternative für Deutschland fordert die Neugestaltung der Entwicklungshilfe. Entwicklungshilfe sollte stets „Hilfe zur Selbsthilfe“ im Sinne einer Integration in die Weltwirtschaft sein; hiervon zu trennen ist die humanitäre Hilfe, die sogenannten Transfers. Es liegt im deutschen Interesse, wenn die Menschen in Entwicklungsländern eine Perspektive für ein menschenwürdiges Leben in ihrer Heimat erhalten. Die Einwanderung von Menschen in wirtschaftlicher Not nach Deutschland löst die Probleme vor Ort nicht und wird daher durch uns abgelehnt. Angesichts des riesigen Bedarfs an Unterstützung der Entwicklungsländer einerseits und Begrenztheit der Mittel andererseits ist eine Fokussierung der Maßnahmen angezeigt. Nur solche Projekte sollen unterstützt werden, die nach Ablauf der Projektdauer von dem Empfängerland bzw. einheimischen Unternehmen ohne fremde Hilfe selbständig weitergeführt werden können. Dabei muss die sicherheitspolitische und außenwirtschaftliche Interessenlage Deutschlands stärker als bisher berücksichtigt werden. Die Entwicklungshilfe-Organisationen in Deutschland (GIZ, KfW Kapitalhilfe, etc.) werden gestrafft und besser koordiniert. Im Rahmen der Entwicklungshilfe werden Maßnahmen priorisiert, die durch private Unternehmen investiv und organisatorisch vor Ort begleitet werden können. Humanitäre Hilfe wird über multilaterale Organisationen und Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) geleitet und nicht mehr über deutsche staatliche Projekte.

Frage 16: OPTION 2: Die Alternative für Deutschland fordert die Neugestaltung der Entwicklungshilfe. Entwicklungshilfe sollte stets „Hilfe zur Selbsthilfe“ im Sinne einer Integration in die Weltwirtschaft sein; hiervon zu trennen ist die humanitäre Hilfe, die sogenannten Transfers. Es liegt im deutschen Interesse, wenn die Menschen in Entwicklungsländern eine Perspektive für ein menschenwürdiges Leben in ihrer Heimat erhalten. Die Einwanderung von Menschen in wirtschaftlicher Not nach Deutschland löst die Probleme vor Ort nicht und wird daher durch uns abgelehnt. Angesichts des riesigen Bedarfs an Unterstützung der Entwicklungsländer einerseits und Begrenztheit der Mittel andererseits ist eine Fokussierung der Maßnahmen angezeigt. Nur solche Projekte sollen unterstützt werden, die nach Ablauf der Projektdauer von dem Empfängerland bzw. einheimischen Unternehmen ohne fremde Hilfe selbständig weitergeführt werden können. Dabei muss die sicherheitspolitische und außenwirtschaftliche Interessenlage Deutschlands stärker als bisher berücksichtigt werden. Um die Entwicklungshilfe in die außenpolitische Gesamtstrategie einzuordnen, soll sie zukünftig in das Außenministerium eingegliedert werden. Die Entwicklungshilfe-Organisationen in Deutschland (GIZ, KfW Kapitalhilfe, etc.) werden gestrafft und besser koordiniert. Im Rahmen der Entwicklungshilfe werden Maßnahmen priorisiert, die durch private Unternehmen investiv und organisatorisch vor Ort begleitet werden können. Humanitäre Hilfe wird über multilaterale Organisationen und Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) geleitet und nicht mehr über deutsche staatliche Projekte.



Themenbereich: Außen- und Sicherheitspolitik

Frage 17, Freitext: An dieser Stelle haben Sie die Möglichkeit Anregungen zum Politikfeld der Außen- und Sicherheitspolitik zu hinterlassen.

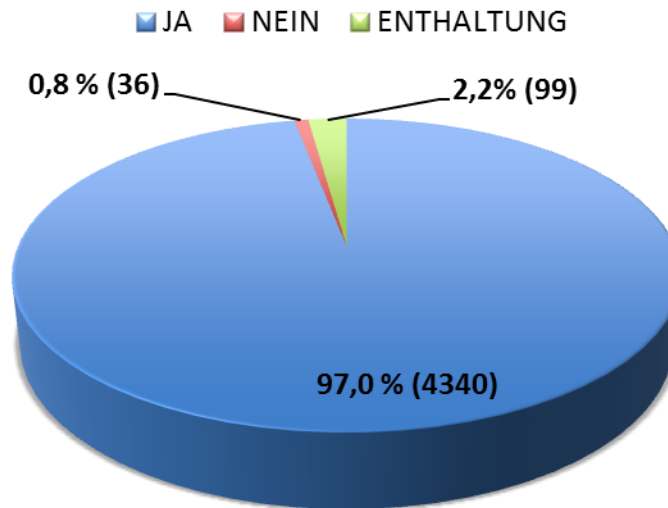
Die Reihenfolge der Darstellung gibt die Priorität der thematischen Nennungen wieder.

Inhaltliche Schwerpunkte:

1. Optionale Mitgliedschaft in der NATO, bzw. Austritt aus der NATO.
2. Drängen auf eine stärkere/engere Beziehung zu Russland, sowie Beendigung von Sanktionen.
3. Abzug sämtlicher Fremdstuppen vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Entfernen von stationierten Waffensystemen.
4. Die Themen Entwicklungshilfe und Berufsarmee richten sich tendenziell gegen die Entwicklungshilfe und für eine Freiwilligenarmee.
5. Wiedereinführung von Grenzkontrollen und Aufstockung der Polizeikräfte und deren Ausrüstung.
6. Umstrukturierung der Bundesrepublik Deutschland in ein „neutrales“ Land nach Vorbild der Schweiz.

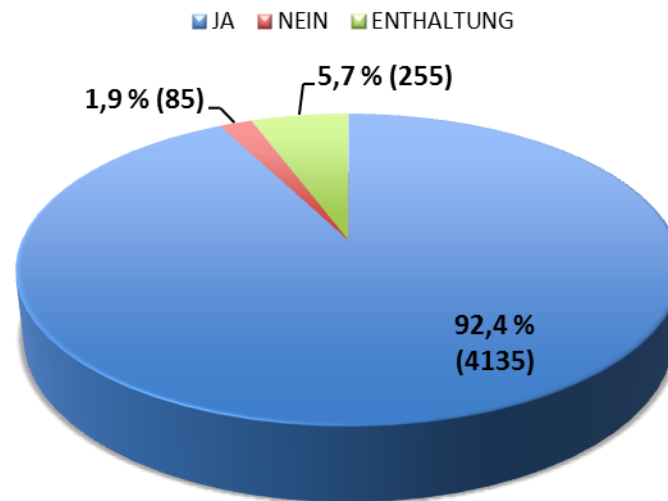
Themenbereich: Euro- und Währungspolitik

Frage 18: Soll der Themenkomplex der Euro- und Währungspolitik in das Parteiprogramm aufgenommen werden?



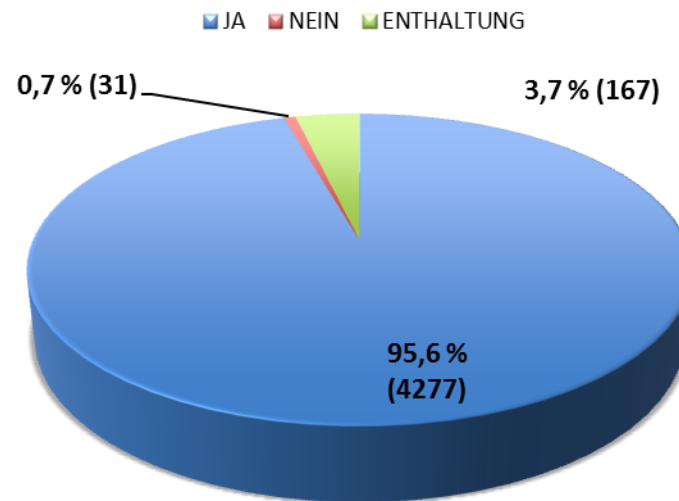
Themenbereich: Euro- und Währungspolitik

Frage 19: Die Eurozone war schon immer und lange vor ihrer politischen Planung in den 1990er Jahren ein wirtschaftlich, währungspolitisch und kulturell heterogenes Gebiet, das sich nach allen geschichtlichen Erfahrungen nicht für eine über die Freihandelszone der EWG hinausgehende suprastaatliche Währungsunion geeignet hätte. Die Einführung des Euros war von Anfang an ein rein politisches Projekt, welches alle Warnungen von Ökonomen und Historikern ignorierte. Die im Euroraum seit 1999 fixierten Einheitswechselkurse der nationalen Währungen und die faktisch bestehenden Einheitszinsen nahmen diesem Raum zwei marktwirtschaftlich zentrale, unabdingbare Korrektive, mittels derer bis 1998 die Fluktuationen in der Wirtschaftskraft der Euro-Länder jahrzehntelang erfolgreich ausgeglichen werden konnten. Der Euro verhindert seitdem den notwendigen Ausgleich von Produktivitätsunterschieden durch nominale Auf- und Abwertungen. Dadurch werden die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Eurostaaten reduziert.



Themenbereich: Euro- und Währungspolitik

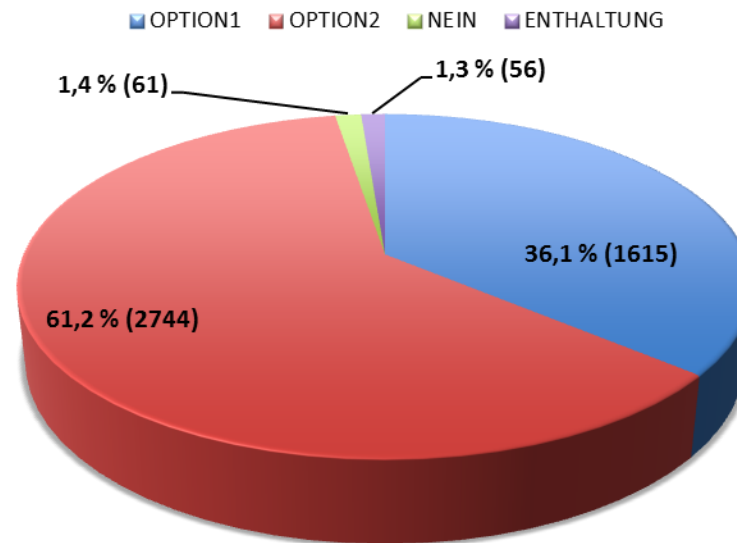
Frage 20: Die suprastaatliche Rettungspolitik verletzt latent geltendes Recht (u.a. das Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB und das Verbot der Haftung für Schulden anderer Mitgliedstaaten gemäß Art. 123 und 125 AEUV). Die zum Teil anderslautenden Urteile des BVerfG (soweit dieses nicht zugunsten des EuGH gleich komplett auf seine gemäß Grundgesetz eigentlich oberste Rechtsprechungskompetenz verzichtet hat) sind unseres Erachtens in den entscheidenden Punkten rechtsbeugend zustande gekommen. Die Rettungspolitik bricht zudem alle den Wählern seit den 1990er-Jahren politisch und vertraglich gegebenen Zusicherungen zur „niemals zugelassenen Haftung Deutschlands für Fremdschulden“. Damit sind die wesentlichen Grundlagen der Zustimmung zur seinerzeitigen Euroeinführung in Deutschland entfallen. Nach Art 110 GG sowie nach weiterhin geltender Rechtsprechung des BVerfG (Lissabon-Urteil vom 30.9.2009) gehört die Hoheit über Staatsausgaben auch weiterhin zum „Kernbestand und unveräußerlichen Teil der staatlichen Souveränität“ – worüber sich jedoch EU, EZB und ESM bei ihrer „Rettungspolitik“ permanent hinwegsetzen. So sind etwa die Lenkungs- und Entscheidungsorgane des ESM und der EZB mit Funktionsträgern besetzt, die ohne jede Rückbindung an demokratisch legitimierte Entscheidungsorgane arbeiten und außerhalb jeglicher zivilrechtlicher Haftung oder strafrechtlicher Verantwortlichkeit gestellt worden sind.



Themenbereich: Euro- und Währungspolitik

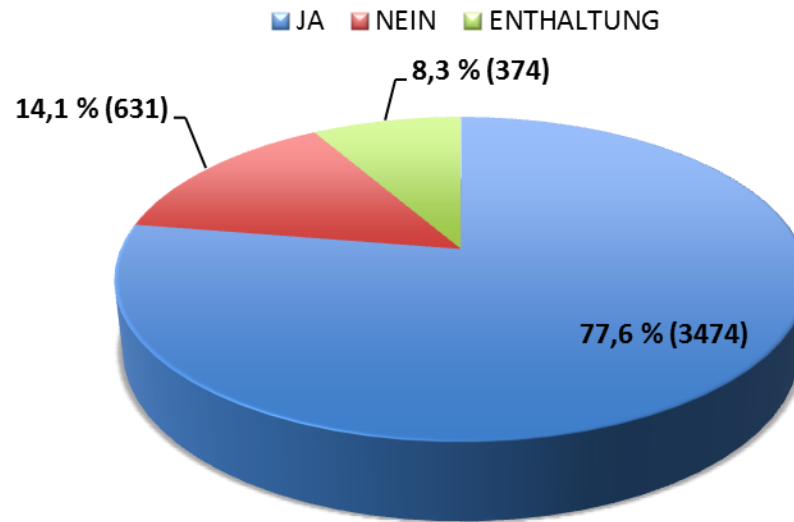
Frage 21 OPTION 1: Wir fordern den Ausstieg Deutschlands aus dem Euro, sofern die EU nicht unverzüglich zu den ursprünglichen Stabilitätsgrundsätzen des Euros zurückkehrt – das heißt zum Vertrag von Maastricht: keine Transferunion, keine Staatsfinanzierung durch die EZB, keine Kollektivhaftung der Mitgliedsstaaten, keine rechtswidrigen Dauerrettungen.

Frage 21 OPTION 2: Wir fordern eine Volksabstimmung über den Verbleib Deutschlands im Euro, sofern die EU nicht unverzüglich zu den ursprünglichen Stabilitätsgrundsätzen des Euros zurückkehrt – das heißt zum Vertrag von Maastricht: keine Transferunion, keine Staatsfinanzierung durch die EZB, keine Kollektivhaftung der Mitgliedsstaaten, keine rechtswidrigen Dauerrettungen



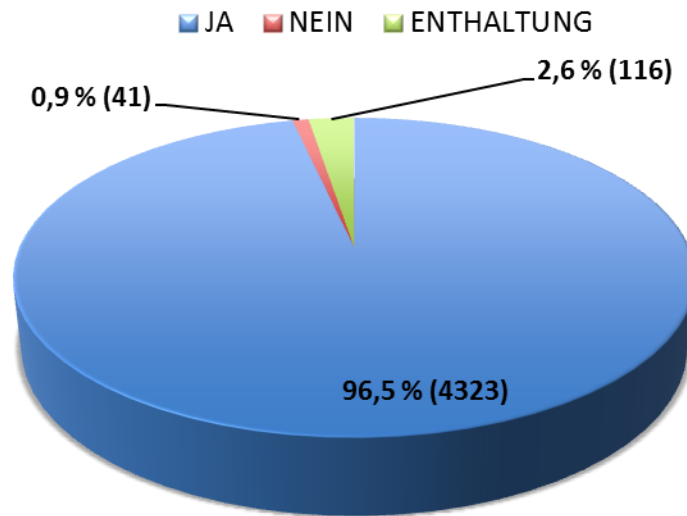
Themenbereich: Euro- und Währungspolitik

Frage 22: Soll der Themenkomplex „Bargeldverbot“ in das Parteiprogramm aufgenommen werden?



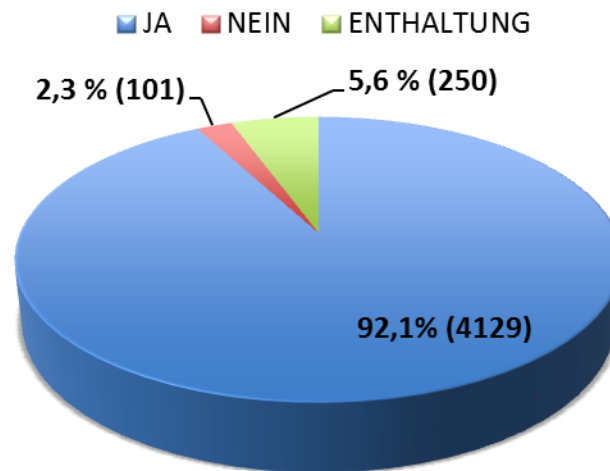
Themenbereich: Euro- und Währungspolitik

Frage 23: Bargeldnutzung ist ein bürgerliches Freiheitsrecht. Wir fordern den Erhalt des Bargelds als uneingeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel – auch entgegen anders gerichteter Bestrebungen des IWF, der EZB und einiger EU-Mitgliedsstaaten.



Themenbereich: Euro- und Währungspolitik

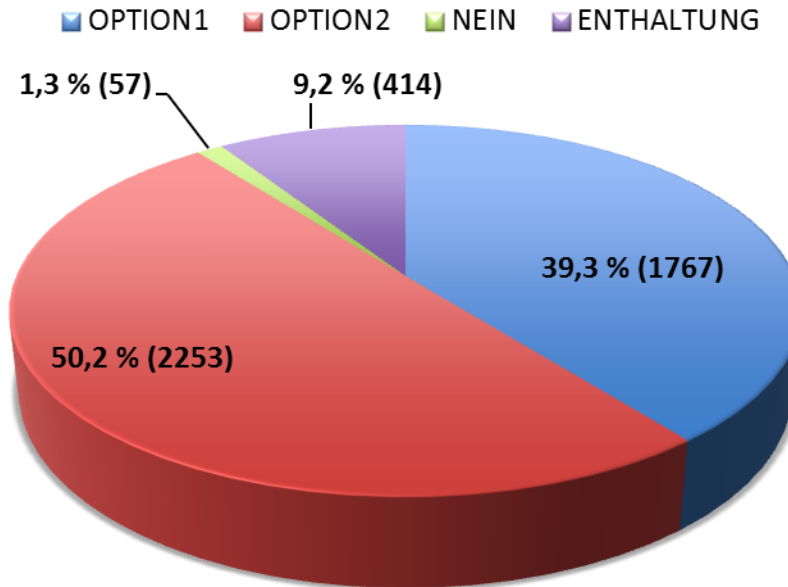
Frage 24: Ein Bargeldverbot wäre Element einer freiheitlich und rechtsstaatlich bedenklichen Entwicklung, die in Deutschland, in (EU-)Europa und auch in Übersee schon länger zu erkennen ist. Sie dokumentiert sich etwa in staatlichen Defizit- und Verschuldungsquoten, die über den im Maastrichtvertrag festgelegten Grenzen liegen. Sie wird sichtbar in den Angriffen auf das Bankgeheimnis, in der Suche der Staaten nach immer neuen Einnahmequellen und vor allen beim Wunsch der Regierungen nach Zentralbankzinssätzen nahe oder unter Null. Die Schlagkraft einer immer stärker kreditfinanzierten „Fehlpolitik“ würde durch ein Bargeldverbot exorbitant zunehmen, da sie den Zentralbanken eine fatale weitere Fortsetzung ihrer planwirtschaftlich-künstlichen Nullzinspolitik ermöglicht – bis hin zu negativen Zinssätzen. Solch gravierende Eingriffe in die finanziellen Eigentums- und Freiheitsrechte der Bürger führen letztlich zwingend zu einem nicht wünschenswerten weiteren Machtzuwachs des Staates und des Finanzsektors.



Themenbereich: Euro- und Währungspolitik

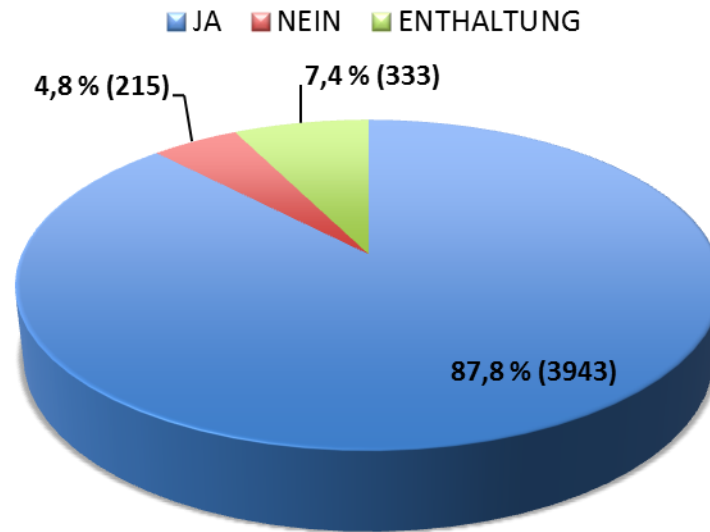
Frage 25 OPTION 1: Mit einem liberalen, freiheitlichen Rechtsstaat sind solche Kontrollmöglichkeiten nicht vereinbar.

Frage 25 OPTION 2: Mit einem freiheitlichen Rechtsstaat sind solche Kontrollmöglichkeiten nicht vereinbar.



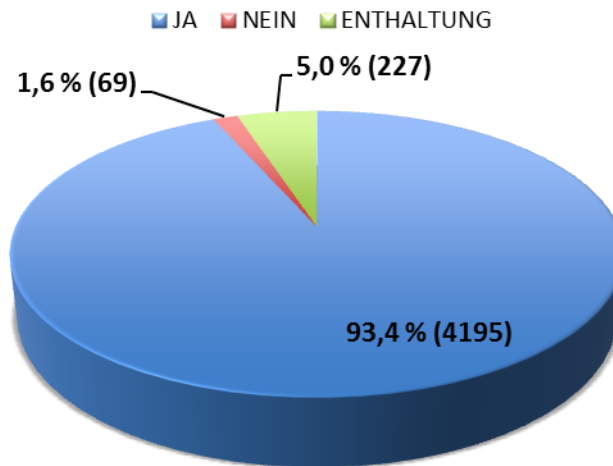
Themenbereich: Euro- und Währungspolitik

Frage 26: Soll der Themenkomplex Bankenaufsicht und Haftung in das Bundesprogramm aufgenommen werden?



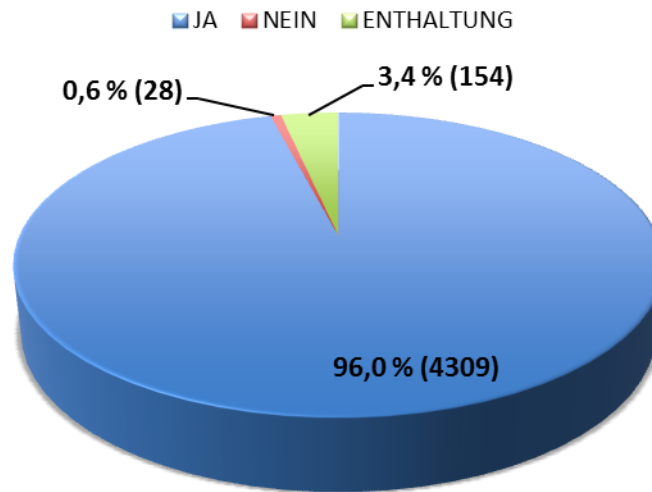
Themenbereich: Euro- und Währungspolitik

Frage 27: Für nationale und marktwirtschaftliche Lösungen bei Haftung und Bankenaufsicht. Wir wenden uns gegen die fortschreitende europäische Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken aus Bankgeschäften. Die geplante „Bankenunion“ wäre ebenso wie die Konzentration der Bankenaufsicht bei der EZB ein weiterer Schritt in die Transferunion. Die von der EU bereits geschaffenen und die noch geplanten Regelungen auf diesem Gebiet sind weitere Bausteine zur Realisierung der Transferunion über die bereits im Rahmen der Währungsunion bestehenden Haftungsmechanismen hinaus. Es wird damit weiterhin das Prinzip verfolgt, dass leistungsfähige Staaten wie Deutschland Leistungen direkt oder indirekt an andere Länder erbringen, ohne hierfür eine Gegenleistung zu erhalten. Damit können die Staaten, die bisher schon ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele verfehlt haben, weiterhin mit dieser Politik fortfahren, weil die zu erwartenden negativen Auswirkungen ihres Handelns durch die Gemeinschaft, vor allem durch Deutschland, ausgeglichen werden. Dies war bisher nur Praxis auf dem Gebiet der Staatsfinanzen und dem Ausgleich der Defizite durch andere. Nunmehr soll auch der privatwirtschaftliche Bankensektor diesem Prinzip unterworfen werden, der Haftung aller für alle. Geplant ist dies unter den Stichworten „Bankenunion“ und „europäische Einlagensicherung“.



Themenbereich: Euro- und Währungspolitik

Frage 28: THESE: Die AfD fordert deshalb, dass die deutschen Banken ihren Haftungsverbund auf die nationale Ebene begrenzen und wie bisher eigene Verbundlösungen schaffen können, die den unterschiedlichen Profilen der Banken Rechnung tragen. Die Haftung aller deutschen Banken für alle anderen EU-weit und grenzüberschreitend muss ausgeschlossen bleiben. Die Bankenaufsicht muss vorrangig und vollständig in nationalen Händen liegen, unabhängig von der Anwendung harmonisierter EU-weiter Standards. Die deutsche Bankenaufsicht sollte jederzeit in der Lage sein, risikogewichtete Standards zur Eigenkapitalunterlegung von Geschäften aufstellen und durchsetzen zu können, betreffend alle Banken, die hier in Deutschland Geschäfte machen. Uns fehlt jedes Vertrauen in eine wirksame Politik der EZB unter Wahrung deutscher Interessen. Als Partei der Marktwirtschaft fordert die AfD, dass in letzter Konsequenz auch Insolvenzen von Banken möglich sein müssen. Die Haftung für falsches oder zu riskantes Handeln von Banken darf nicht durch das Argument der „Systemrelevanz“ unterlaufen werden. Manager und Gesellschafter der Banken müssen vor Spareinlegern oder gar Steuerzahlern in Haftung treten. Handlung und Haftung müssen beieinander bleiben.



Themenbereich: Euro- und Währungspolitik

Frage 29, Freitext: An dieser Stelle haben Sie die Möglichkeit Anregungen zum Politikfeld der Euro- und Währungspolitik zu hinterlassen.

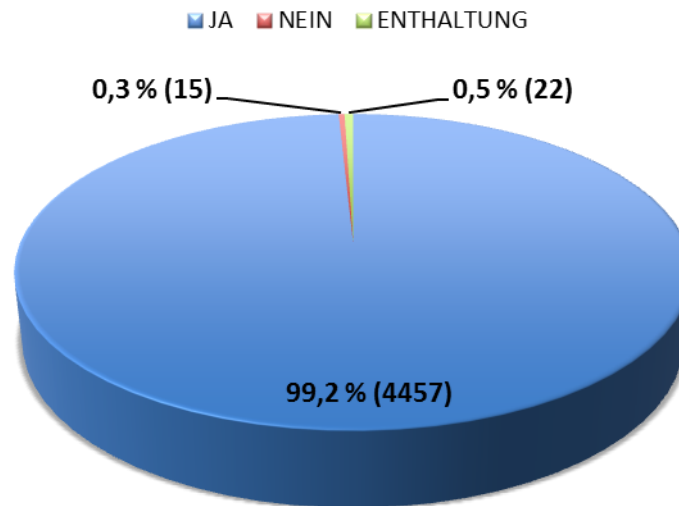
Die Reihenfolge der Darstellung gibt die Priorität der thematischen Nennungen wieder.

Inhaltliche Schwerpunkte:

1. Austritt aus dem Euro und Rückkehr der beteiligten europäischen Länder zu eigenständigen Währungen („Wir wollen die Deutsche Mark wiederhaben“).
2. Ein Bargeldverbot wäre inakzeptabel und undenkbar.
3. Sofortiger Stopp sämtlicher Rettungspakete.
4. Deutsches Gold soll auch in Deutschland gelagert werden.

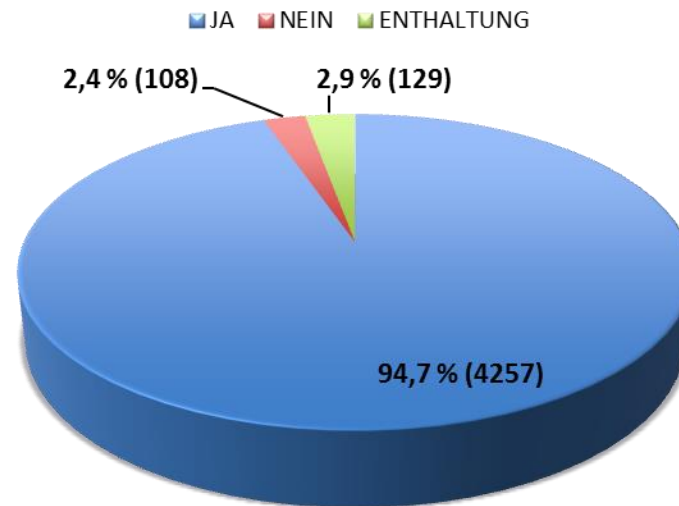
Themenbereich: Asyl- und Zuwanderungspolitik

Frage 30: Soll der Themenkomplex Asyl und Zuwanderung in das Parteiprogramm aufgenommen werden?



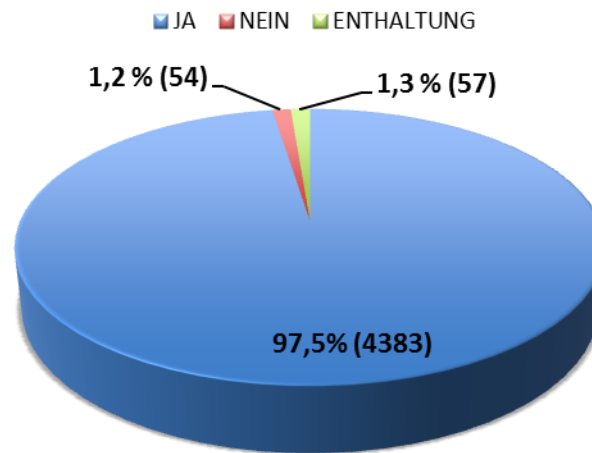
Themenbereich: Asyl- und Zuwanderungspolitik

Frage 31 : Die Alternative für Deutschland fordert ein neues Asylsystem für das 21. Jahrhundert. Die Zeit für einen Bruch mit völlig veralteten supra- und internationalen Konventionen und für einen fundamentalen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik ist gekommen. Anders lassen sich die Herausforderungen durch die Migrationsströme im globalisierten 21. Jhd. nicht bewältigen. Zu den notwendigen Neuerungen gehört – unter anderem - die Abkehr vom weltweit einmaligen, individuell einklagbaren Asylgrundrecht hin zur sog. „institutionellen Garantie“ einer einfachen Asylgesetzgebung, die Absenkung der Schutzstandards aller supra- und internationaler Übereinkommen, der Aufbau von aussereuropäischen Asylzentren und den Ausschluss der Antragsmöglichkeit in Europa, die vollständige Abschottung der EU-Aussengrenzen. Bis dahin sind die deutschen Grenzen für Asylantragsteller, die über sichere Drittstaaten einreisen, zu schließen. Der Familiennachzug ist auf ein Minimum zu begrenzen. Innereuropäisch ist über den Stopp von EU-Zahlungen die Mitarbeit der EU-Staaten wie auch der EU-Kommission bei der Entlastung Deutschland zu erwirken. Das bedeutet auch eine Generalrevision aller EU-Richtlinien mit dem Ziel, die Souveränität der Nationalstaaten bei der Abwehr unerwünschter Zuwanderung soweit wie möglich wieder herzustellen.



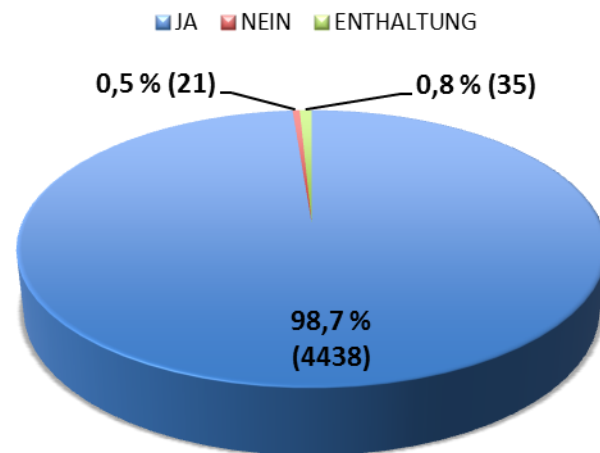
Themenbereich: Asyl- und Zuwanderungspolitik

Frage 32 : Die Alternative für Deutschland fordert ein Ende der Zuwanderung in die Sozialsysteme. Zuwanderung in das soziale System ist Alltag. Beispiele lassen sich der Rechts- und Lebenswirklichkeit aller Zu- und Einwanderungsgruppen entnehmen. Angebliche Sicherungsmechanismen entpuppen sich bei näherem Hinsehen als weitgehend wirkungslos, als von der Rechtsprechung außer Kraft gesetzt, von EU-Recht relativiert oder als äußerst betrugsanfällig. Jeder Asylantragsteller wandert in das Sozialsystem ein. Die wenigsten anerkannten Asylbewerber bringen die schulischen Voraussetzungen mit, um hier langfristig ohne öffentliche Mittel leben zu können, das gilt erst recht für die nachziehenden Familienangehörigen. Die immensen Kosten der Sonderbetreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge spotten jeder Beschreibung. Bürgern und Rentnern, die hier jahrzehntelang in alle Sozialsysteme einbezahlt haben, stehen im Notfall keine oder kaum bessere Leistungen zu als Zuwanderern, die niemals zum Sozialstaat beigetragen haben. Das alles stellt für die AfD eine ungeheure Ungerechtigkeit dar, die beseitigt werden muss. Ansprüche von EU-Angehörigen oder nachziehenden Familienmitgliedern von Drittstaatlern auf Sozialleistungen sind zurückzufahren und auf eine Karenzzeit oder auf das Heimatlandprinzip umzustellen. Versicherungs- und andere öffentliche Leistungen müssen auf Menschen mit dauerndem Aufenthalt in Deutschland beschränkt sein, die Mitversicherung und -versorgung von Angehörigen im Heimatland ist zu beenden. Die Versorgung von Asylbewerbern ist auf reine Sachleistungen umzustellen, die medizinische Versorgung muss auf eine tatsächliche Nothilfe beschränkt sein.



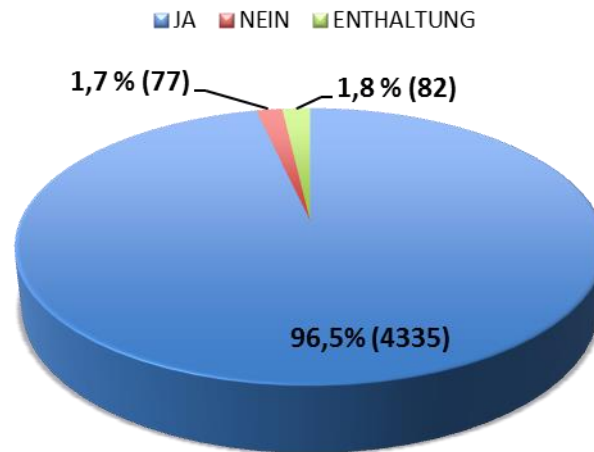
Themenbereich: Asyl- und Zuwanderungspolitik

Frage 33 : Die Alternative für Deutschland fordert völlige Kostentransparenz des Zuwanderungsgeschehens. Die Kosten der Zuwanderung sind völlig intransparent. Diese Kosten bestehen aus weit mehr Positionen, als nur aus der Zahl der der Sozialleistungsempfänger multipliziert mit dem Regelsatz. Beispiele sind Krankenkosten und Kosten für das zusätzlich notwendige Personal und Sachmittel der staatlichen Verwaltung zur Bewältigung der Asylbewerber-Massenzuwanderung. Eine umfassende Kostenanalyse und – darstellung gibt es nicht. Sie ist auch von der politischen Führung in Bund und Ländern unerwünscht. Die AfD fordert die grundsätzliche Neuordnung der Finanzierung des Zuwanderungsgeschehens und die völlige Transparenz und Vollständigkeit der Kostendarstellung auf allen Ebenen der Verwaltung. Einen wie auch immer gearteten „Flüchtlings-Soli“ lehnt die AfD ebenso vehement ab, wie den Verzicht auf Steuererleichterungen für die arbeitende Bevölkerung, um eine massive illegale Zuwanderung finanzieren zu können. Die Agentur für Arbeit hält die Zahlen der SGB II-Empfänger, aufgeschlüsselt nach Staatsangehörigkeiten, geheim. Die AfD fordert auch hier vollständige Transparenz. Ebenso fordern wir Untersuchungen darüber, wie viele der als asylberechtigt Anerkannten dauerhaft im sozialen Netz verbleiben.



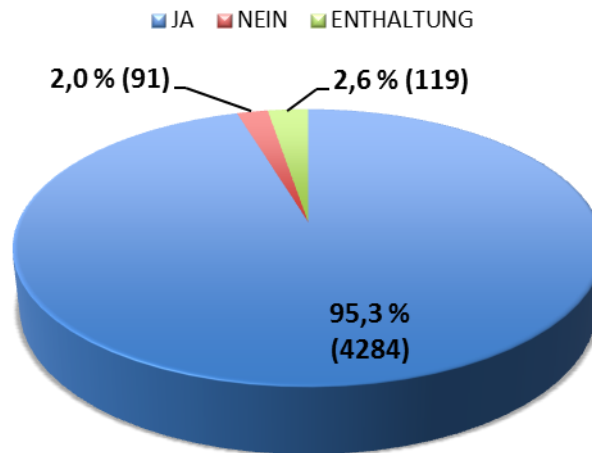
Themenbereich: Asyl- und Zuwanderungspolitik

Frage 34 : Die AfD fordert: Rückführung durchsetzen – Rückkehrhilfen anbieten. Der wichtigste (Fehl-)Anreiz, in das deutsche Sozialsystem einzuwandern, ist bereits seit Jahrzehnten die fehlende Durchsetzung der Ausreisepflicht gegenüber Ausländern, die unter keinem Gesichtspunkt bleibeberechtigt sind. Rückführungen in die Herkunftsländer werden auf mannigfache Weise sabotiert, sowohl von den Ausreisepflichtigen selbst, als auch teilweise von den Herkunftsländern und inländischen Helfern. Gezielte Kampagnen von Zuwanderungslobby und Medien sorgen für angepasstes Verhalten von Politikern und hohen Beamten, die den Weg des geringsten Widerstands wählen und Bleiberechte gewähren. Landesregierungen verfolgen die Politik des „zivilen Ungehorsams“ gegen Bundes- Abschieberecht, verschleppen seine Durchsetzung und setzen es vielfach praktisch außer Kraft. Die AfD fordert die Beendigung dieser Sabotage des Rechtsstaats und die konsequente Anwendung des Abschieberechts, das durchgreifend ertüchtigt, aber auch vereinfacht werden muss. Über einen Straftatbestand für Amtsträger, die Bundesrecht nicht ausführen, und damit Steuergelder verschwenden, muss nachgedacht werden. Die Ausländerbehörden müssen zudem auf die uneingeschränkte Rückendeckung durch die Politik vertrauen können. Vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern muss durch Einschränkungen in ihren Lebensumständen jeder Anreiz zum Bleiben genommen, und beharrliche Obstruktion bei der Passbeschaffung und Täuschung der Behörden mit empfindlichen Strafen geahndet werden. Altfall- und Bleiberechtsregelungen konterkarieren diese Absicht; sie sind aus den Gesetzen zu streichen. Eine freiwillige Ausreise stellt für alle die bessere Alternative gegenüber einer Abschiebung dar. Gerade wer aus rein wirtschaftlichen Motiven Asyl in Deutschland beantragt hat, kann u.U. mittels finanzieller Förderung zur freiwilligen Rückkehr bewogen werden, ohne dass dies zu einem Anspruchsdenken führen darf. Nicht zuletzt müssen Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpft werden, auch wenn dies für die westliche Wirtschaft nachteilig ist; dazu gehören der Stopp des Exports billiger Lebensmittel, subventionierter Agrarprodukte und Giftmüll nach Afrika, und des Leerfischens der dortigen Küstengewässer.



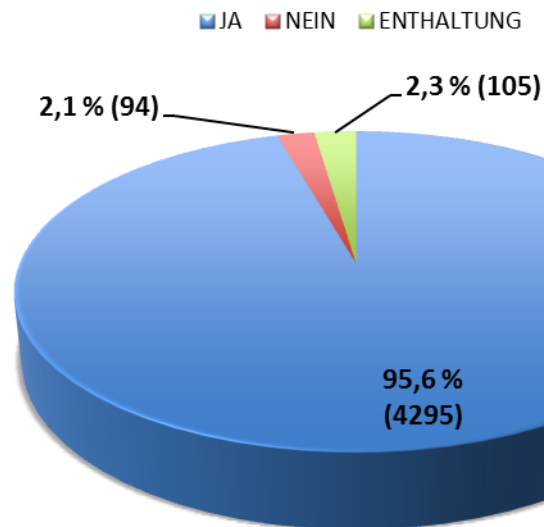
Themenbereich: Asyl- und Zuwanderungspolitik

Frage 35 : Die AfD fordert Kriminalitätsbekämpfung als oberste Priorität im Zuwanderungsgeschehen. Millionen Menschen aus anderen Kulturkreisen ohne Sprach- und Schriftkenntnisse, Bildung oder Qualifikation werden mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt. In ihrer Heimat habe sie alle Brücken abgebrochen. Enttäuschte Hoffnungen auf Wohlstand führen viele von ihnen in die Kriminalität. Im Schlepptau der unregelmäßigten Zuwanderung von über einer Million Asylantragstellern 2015 nimmt auch die Kriminalität in nie gekanntem Ausmaße zu. So hat sich 2014 die Diebstahlquote durch Asylbewerber fast verdoppelt, die Zahl der Wohnungseinbrüche vervielfacht und den höchsten Stand seit 15 Jahren erreicht. Aus politischen Gründen existieren Statistiken über die Nationalität bzw. Herkunft der Tatverdächtigen bzw. Täter kaum oder werden geheim gehalten. Teilweise dürfen sie nicht einmal geführt werden. Geheime „Maulkorberlasse“ für Polizei, Feuerwehr, Sicherheits- und Gesundheitsdienste sollen verheerende Zustände vor den Bürgern verheimlichen. Eine Zuwanderung von über einer Million kulturfremder Zuwanderer 2015 lässt das Schlimmste befürchten. Zuwanderungsbedingte Kriminalität ist wegen ihrer Einbettung und Familien-, Clan- und ethnische Strukturen und aufgrund der Sprachbarriere am schwierigsten von allen zu bekämpfen. Der Aufenthaltsbeendigung ausländischer Straftäter – als das theoretisch bestgeeignete Mittel der Bekämpfung zuwanderungsbedingter Kriminalität – stehen durchweg fast unüberwindbare rechtliche Hürden entgegen, gleichgültig, ob sie Staatsangehörige der EU sind oder nicht. Die AfD fordert, in einem „sicherheitspolitischen Befreiungsschlag“ den Schutz der Bürger an erste Stelle zu setzen. Alle anderen Belange haben sich dem unterzuordnen. Das bedeutet einen radikalen Systemwechsel von der Fesselung der Sicherheitsbehörden durch nationale - und EU-Vorschriften hin zu Ausländerbehörden, Polizei und Strafverfolgung, die zum maximalen Schutz der Bürger gesetzlich aufgefördert und in der Lage sind. Die Ausländerbehörden müssen sich wieder von Willkommens- zu originären Gefahrenabwehrbehörden wandeln, was sie über Jahrzehnte mit Erfolg auch gewesen sind.



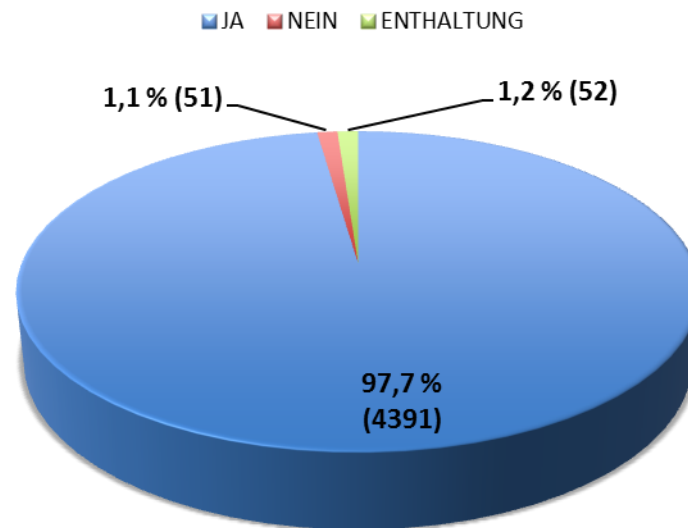
Themenbereich: Asyl- und Zuwanderungspolitik

Frage 36 : Zu unserem Staat gehören – zu unserem Staat bekennen. Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit ist krönender Abschluss eines manchmal langen und mühsamen Weges der Integration und des Ankommens, nicht aber dessen Ausgangspunkt. Für die AfD ist die deutsche Staatsangehörigkeit untrennbar mit Bekenntnis und Loyalität zum deutschen Staat, zu unserem Grundgesetz und Gesetzen, unserer Kultur und Sprache verbunden. Damit unvereinbar ist im Grundsatz eine weitere, parallel bestehenden Staatsangehörigkeit. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten haben viele Gesetze zu einem schleichenden Bedeutungsverlust der Staatsangehörigkeit geführt. Mittlerweile bestehen kommunale Wahlrechte für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, der Beamtenstatus ist für EU-Angehörige ebenso eröffnet wie in Ausnahmefällen für Drittstaater, und erst recht für Doppelstaater. Kinder werden automatisch deutsch, auch wenn kein Elternteil mehr Deutscher ist. Die Voraussetzungen für eine Einbürgerung sind immer weiter nach unten geschraubt worden, gleichzeitig wurden die Möglichkeiten einer Doppel-Staatsangehörigkeit immer mehr erweitert. Die AfD lehnt den „Doppelpass“, also die Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit bei gleichzeitigem Fortbestand oder gleichzeitigem Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit ab. Kinder dürfen nur dann die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt erwerben, wenn mindestens ein Elternteil Deutscher ist; das Territorialprinzip muss wieder aufgegeben werden - niemand kann zwei Herren dienen.



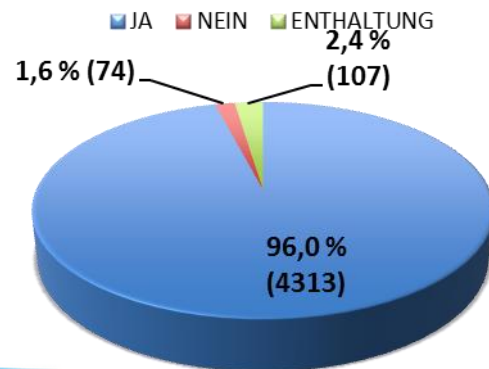
Themenbereich: Asyl- und Zuwanderungspolitik

Frage 37 : Integration fordern – Parallelgesellschaften verhindern. Integration beschreibt die Mindestanforderungen für das Zusammenleben von Einheimischen und Zuwanderern. Das Erlernen der deutschen Sprache, die Achtung der Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie der Verdienst des eigenen Lebensunterhalts sind zentral für eine gelungene Integration. Auf der individuellen Ebene handelt es sich hierbei primär um eine Bringschuld des Zuwanderers. Zuwanderer müssen sich uns anpassen – nicht umgekehrt. Integration ist unabdingbar und ihre Verweigerung daher zu sanktionieren bis hin zum Verlust des Aufenthaltsrechts. Fördermaßnahmen können angesichts beschränkter Ressourcen nur solchen Migranten zugute kommen, die zumindest ein temporäres Bleiberecht haben. Gute Integrationsaussichten müssen künftig so weit wie möglich bereits Bedingung für eine Einreise zwecks dauerhaften Aufenthalts sein.



Themenbereich: Asyl- und Zuwanderungspolitik

Frage 38 : Die AfD fordert: Zuwanderungsbedarf reduzieren – Zuwanderung regulieren. Sowohl der für bestimmte Bereiche behauptete Fachkräftemangel als auch die Probleme bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme lassen sich primär auf die seit Jahrzehnten weit unter dem bestandserhaltenden Niveau liegende Geburtenrate zurückführen. Deshalb hat auch die Lösung des Problems vorrangig bei dieser Ursache anzusetzen, indem mittels einer aktivierenden Familienpolitik die Geburtenrate mittel- und langfristig wieder ein tragfähiges Niveau erreicht. Die völlig einseitige Fixierung der Altparteien auf eine fortgesetzte Massenzuwanderung als vermeintliches Allheilmittel der demografischen Probleme lehnen wir ab. Vielmehr sind die vorhandenen Potentiale besser auszuschöpfen. Hierzu dienen eine optimierte Aus- und Weiterbildung sowie eine sich parallel zum Anstieg der Lebenserwartung verlängernde Lebensarbeitszeit. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist entsprechend den Bedürfnissen von Eltern und Kindern weiter zu verbessern. Die nach wie vor Millionen zählenden Arbeitslosen dürfen nicht vernachlässigt, sowie Ältere und Alleinerziehende nicht weiter auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden. In Mangelberufen sind adäquate Arbeitsbedingungen und eine marktgerechte Entlohnung geboten. Auch bei der Integration der bereits lange in Deutschland lebenden Migranten in den Arbeitsmarkt gibt es noch erheblichen Nachholbedarf. Schließlich gilt es, die fortgesetzte Abwanderung eigener (Hoch-)Qualifizierter zu vermeiden. Bereits ausgewanderte Deutsche sind mit speziell auf sie zugeschnittenen Initiativen zur Rückkehr zu motivieren. Eine graduelle Abnahme der Bevölkerungszahl darf in Deutschland als einem der dicht besiedelsten Länder der Welt kein Tabu sein. Deren Folgen lassen sich durch effektiven Kapitaleinsatz und eine Steigerung der Produktivität sozialverträglich und ohne gravierende Wohlstandsverluste auffangen. Neue Techniken der Automatisierung und Digitalisierung bieten Deutschland die Chance, auch bei einer abnehmenden Zahl an Arbeitskräften seine soziale und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu erhalten. Allein bei den Hoch- und Mittelqualifizierten kann Zuwanderung aus Drittstaaten ein zusätzliches Element sein, soweit die vorrangige Zuwanderung von EU-Bürgern nicht ausreicht. Hierzu sind klare Kriterien, die sich v.a. an Bedarf, Sprachkenntnissen, Qualifikation und Integrationsaussichten ausrichten, in einem Gesetz zusammenzufassen, welches eine bedarfsorientierte Steuerung der Zuwanderung im deutschen Interesse erlaubt (in Anlehnung an das kanadische Modell). Unabdingbar ist der Nachweis eines Arbeitsplatzangebotes schon vor der Einreise. Hochqualifizierten ist nach drei Jahren eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive zu bieten, Mittelqualifizierte erhalten angesichts des ständigen Wandels von Nachfrage und Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt nur einen temporären Aufenthaltsstatus ohne Familiennachzug. Ausgenommen von der Anwerbung sind Staaten, die aufgrund ihres niedrigen Entwicklungsstandes ihre Fachkräfte dringend selbst benötigen.



Themenbereich: Asyl- und Zuwanderungspolitik

Frage 39, Freitext: An dieser Stelle haben Sie die Möglichkeit Anregungen zum Politikfeld der Asyl- und Zuwanderungspolitik zu hinterlassen.

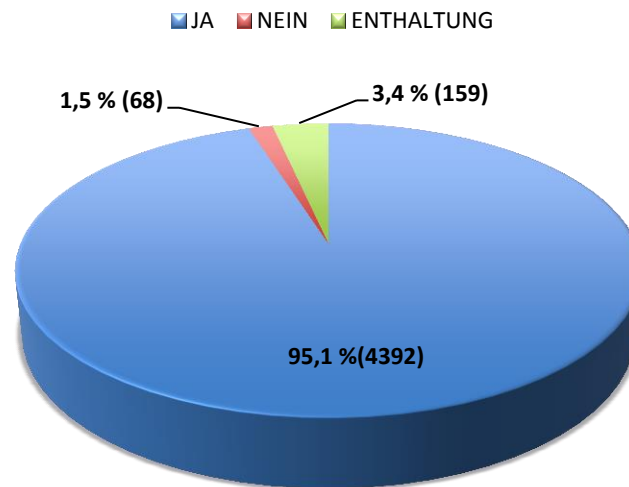
Die Reihenfolge der Darstellung gibt die Priorität der thematischen Nennungen wieder.

Inhaltliche Schwerpunkte:

1. Orientierung der deutschen Asylpolitik an den Vorbildern von Kanada, Australien oder der Schweiz.
2. Sofortige Ausweisung von straffälligen Ausländern und sofortige Ablehnung von „aussichtslosen“ Asylbewerbern direkt an der Grenze.
3. Familiennachzug begrenzen und Rückkehrleistungen stoppen.
4. Finanzielle Anreizsysteme, die eine weitere Zuwanderung begünstigen sofort stoppen.
5. Asyl in Deutschland erhalten nur diejenigen, die eindeutig als Kriegsflüchtlinge identifiziert worden sind.

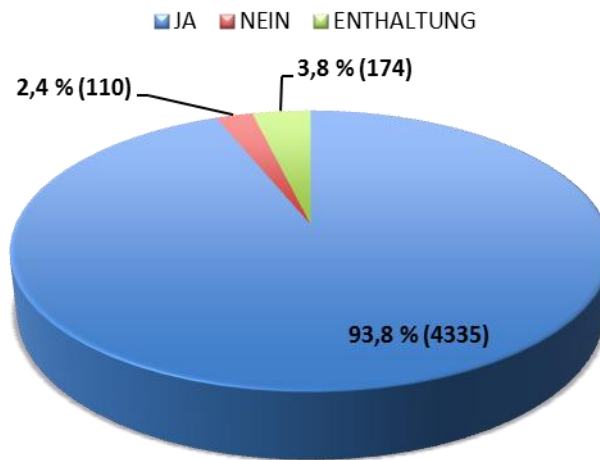
Themenbereich: Familienpolitik

Frage 40 : Soll der Themenkomplex der Familienpolitik in das Parteiprogramm aufgenommen werden?



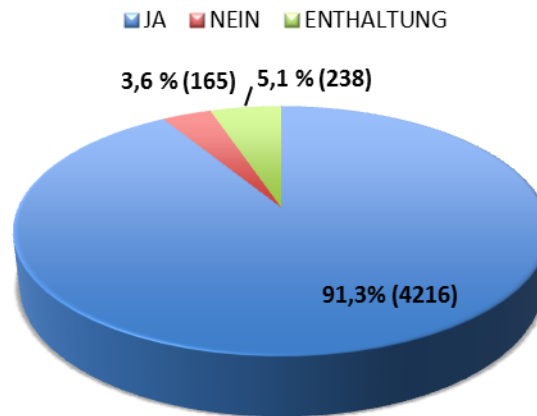
Themenbereich: Familienpolitik

Frage 41 : Die Alternative für Deutschland bekennt sich zum Leitbild der traditionellen Familie. Die Wertschätzung für die traditionelle Familie geht in Deutschland zunehmend verloren. Die Familie aus Vater, Mutter und Kindern als Keimzelle der Gesellschaft zu verstehen und den Bedürfnissen der Kinder und Eltern gerecht zu werden, muss wieder Mittelpunkt aller familienpolitischen Maßnahmen werden. Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagschulen, die Umsetzung des Gender Mainstreamings und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit. Die Wirtschaft ist an Frauen interessiert, die als Arbeitskraft zur Verfügung stehen. Ein falsch verstandener Feminismus schätzt einseitig Frauen im Erwerbsleben, nicht aber Frauen, die "nur" Mutter und Hausfrau sind. Diese erfahren häufig geringere Anerkennung und werden finanziell benachteiligt. Die Alternative für Deutschland bekennt sich zum Leitbild der traditionellen Familie. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. In der Familie sorgen Mutter und Vater in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder. Diese natürliche Gemeinschaft bildet das Fundament unserer Gesellschaft. Die originären Bedürfnisse der Kinder, die Zeit und Zuwendung ihrer Eltern brauchen, stehen dabei im Mittelpunkt. Es muss wieder erstrebenswerte Norm sein, eine Ehe einzugehen, Kinder zu erziehen und möglichst viel Zeit mit diesen zu verbringen. In den Fällen, in denen ein Elternteil die Erziehungsleistung allein tragen muss, bedarf es besonderer Unterstützung.



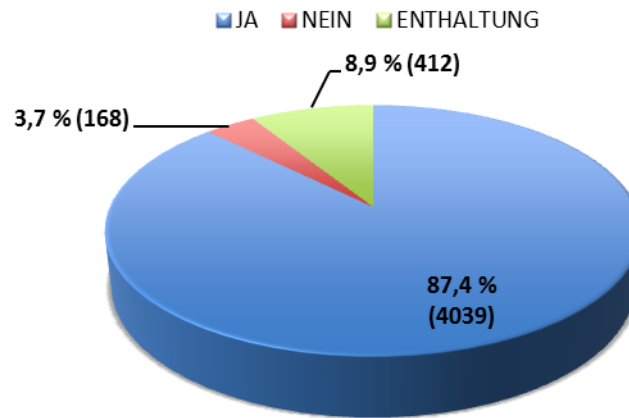
Themenbereich: Familienpolitik

Frage 42 : Die Alternative für Deutschland fordert, die gesamtgesellschaftliche Leistung von Eltern ideell und materiell anzuerkennen. Familien sind gegenüber Kinderlosen in dramatischer Weise finanziell benachteiligt. Familienarmut und eine anhaltend niedrige Geburtenrate sind die Folge. Kinder werden in Politik und Medien als karrierehemmender Ballast dargestellt. Es ist Zeit, die Leistung der Eltern finanziell und ideell anzuerkennen. Deutschland hat die niedrigste Geburtenrate in ganz Europa, was zum einen auf eine Zunahme der Kinderlosen, zum anderen auf einen Rückgang der Mehrkindfamilien zurückzuführen ist. Diese demographischen Fehlentwicklungen werden ohne Gegensteuerung zu einem Zusammenbruch unseres Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungssystems führen. Erklärtes Ziel der AfD ist es, die gesamtgesellschaftliche Leistung von Eltern durch die Geburt, Versorgung und Erziehung von Kindern nicht nur ideell, sondern auch materiell anzuerkennen, wozu der Gesetzgeber durch das Bundesverfassungsgericht bereits verbindlich aufgefordert wurde. Die derzeit bestehenden finanziellen Nachteile, die Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen erleiden, müssen korrigiert werden. Die Alternative für Deutschland setzt sich daher für die gerechte Besteuerung von Familien ein (Familiensplitting) und hält eine Abgabengerechtigkeit in der Sozialversicherung für dringend notwendig. Bei der Rente müssen die Kinderzahl und die Erziehungsleistung berücksichtigt werden. Durch eine spezielle Förderung von Mehrkindfamilien möchte die AfD zudem dazu ermutigen, sich für mehr Kinder zu entscheiden. Außerdem möchte die AfD eine gesellschaftliche Wertediskussion zur Stärkung der Elternrolle und gegen eine generelle Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen anstoßen. Kinder dürfen nicht länger als karrierehemmender Ballast dargestellt werden.



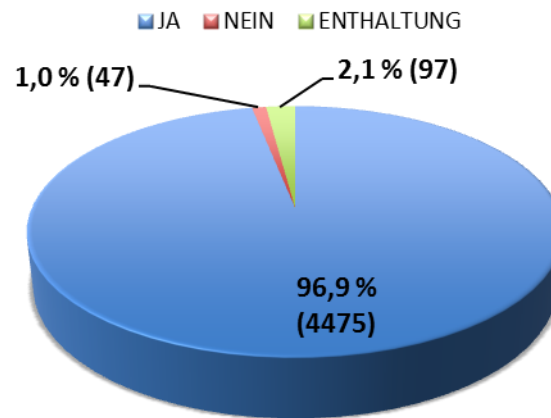
Themenbereich: Familienpolitik

Frage 43 : Die Alternative für Deutschland fordert, eine tatsächliche Wahlfreiheit in der Betreuungsform Unterdreijähriger zu schaffen. Dies erfordert eine Stärkung elterlicher Betreuungsleistung und ein familienfreundlicheres Arbeitsumfeld. Den Bedürfnissen unserer Kinder nach individueller Betreuung muss wieder Rechnung getragen werden. Eltern kleiner Kinder ist dafür der gesellschaftliche, finanzielle und abbeitsmarktliche Druck zur doppelten Berufstätigkeit zu nehmen. Wir brauchen eine tatsächliche Wahlfreiheit ohne eine Diskriminierung elterlicher Betreuung. Die aktuelle Familienpolitik in Deutschland wird bestimmt durch das politische Leitbild der voll erwerbstätigen Frau, so dass die Anzahl außerfamiliär betreuter Kleinkinder stetig ansteigt. Die sichere Bindung an eine verlässliche Bezugsperson ist aber die Voraussetzung für eine gesunde psychische Entwicklung kleiner Kinder und bildet die Grundlage für spätere Bildung und Beziehungsfähigkeit. Die AfD fordert daher, dass bei unter Dreijährigen eine bindungsermöglichende Betreuung im Vordergrund steht und spricht sich gegen eine einseitige staatliche Bevorzugung von Krippenbetreuung aus. Eine tatsächliche Wahlfreiheit schließt elterliche und familiennahe Betreuung durch Großeltern, Kinderfrauen und Tagesmütter mit ein, wobei alle Betreuungsformen finanziell realisierbar sein müssen. Die Qualität in Krippen muss sich insbesondere hinsichtlich des Betreuungsschlüssels an international geforderten Standards orientieren. Die AfD möchte weiterhin Eltern darüber aufklären, dass eine zu frühe Trennung unter Dreijähriger von der Mutter, bzw. Familie und Abgabe in die Krippe das Risiko einer Schädigung im Bindungs-, Sozial- und Gefühlsbereich birgt. Weiterhin darf elterliche Berufstätigkeit nicht zu anhaltender Überlastung und Gewissenskonflikten führen. Eine tatsächliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nur gegeben, wenn junge Eltern ausreichend Zeit haben, um ihrer Elternrolle und ihrer Erziehungspflicht gerecht zu werden. Daher hält die AfD ein Umdenken in der Arbeitswelt für notwendig. Weder familienbedingte Erwerbspausen noch Teilzeitarbeit dürfen sich negativ auf den beruflichen Status und die weitere berufliche Entwicklung auswirken. Der berufliche Wiedereinstieg muss auch nach mehrjähriger Erziehungsarbeit staatlich gefördert werden.



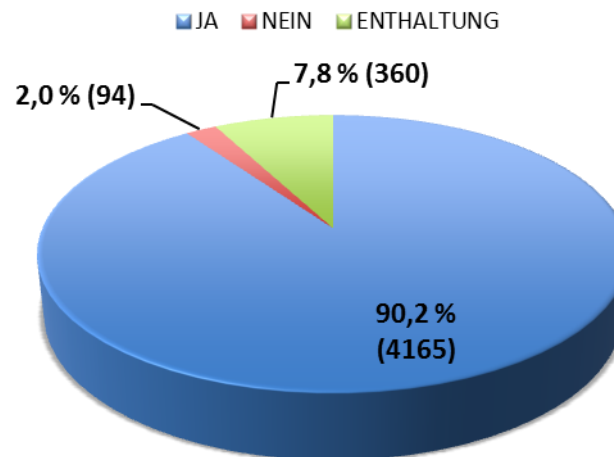
Themenbereich: Familienpolitik

Frage 44: Die Alternative für Deutschland lehnt die Gender-Ideologie und die damit verbundene Frühsexualisierung, staatliche Ausgaben für gender studies, ungerechte Quotenregelungen und eine Verunstaltung der deutschen Sprache ab. Gleichberechtigung muss wieder Chancengleichheit bedeuten. Die Ideologie des Gender Mainstreamings marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und wirkt damit traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den Familien entgegen. Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch "korrigiert" werden. Die AfD lehnt diese Geschlechterpädagogik als Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das Elternrecht auf Erziehung ab. Ebenso fordert die AfD, die Frühsexualisierung an den Schulen zurückzunehmen und die vorsätzliche Verunsicherung der Kinder in Bezug auf ihre sexuelle Identität einzustellen. Viele der im Bereich des Gender Mainstreamings vertretenen Ansichten stehen im Widerspruch zu den Ergebnissen der Naturwissenschaft, der Entwicklungspsychologie und der Lebenserfahrung. Wir wenden uns daher entschieden gegen jede staatliche Förderung pseudowissenschaftlicher "gender studies". Mit einer fast abstrusen Umgestaltung der deutschen Sprache soll sich die Geschlechteraufhebung auch im alltäglichen Sprachgebrauch wiederfinden. Die AfD lehnt die behördlich verordneten geschlechterneutralen Worterfindungen als Eingriff in die natürlich gewachsene Kultur und Tradition unserer Sprache ab. Die AfD lehnt es ab, mit der Gender-Ideologie Quoten zu begründen, da Quoten leistungsfeindlich und ungerecht sind und andere Benachteiligungen schaffen. Die AfD vertritt die Meinung, dass Quotenregelungen grundsätzlich kein geeignetes Mittel zur Herstellung der Gleichberechtigung von Mann und Frau darstellen. Die AfD fordert stattdessen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau (im Sinne von Chancengleichheit) losgelöst von der Gender-Ideologie weiter voranzutreiben. Eine Gleichstellungspolitik im Sinne von Ergebnisgleichheit lehnt die AfD hingegen ab.



Themenbereich: Familienpolitik

Frage 45: Die Alternative für Deutschland fordert eine Stärkung der individuellen häuslichen Pflege älterer Menschen durch ihre Familienangehörigen. Die Pflegeleistung älterer Menschen durch einen Dienst oder durch ein Heim wird höher vergütet als die Pflege durch einen Angehörigen. Pflegende Angehörige werden oft mit organisatorischen und finanziellen Problemen alleingelassen. Es ist Zeit, die Fürsorge für pflegebedürftige Familienangehörige in einer vertrauten familiären Umgebung zu stärken. In Deutschland werden derzeit mehr als 70% der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt. Dabei sind die Pflegesätze für Pflegedienste in allen Pflegestufen doppelt so hoch wie die für eine Pflege durch Angehörige. Die AfD möchte die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder bewusst für die Pflege der Eltern entscheiden können. Die Grundlage für die häusliche Pflege ist die Verbesserung des Beratungsangebotes für pflegewillige Angehörige in Form eines umfassenden Betreuungsnetzwerkes und die Angleichung der Pflegesätze an die Leistungen für Pflegedienstleister. Die AfD tritt für eine breite gesellschaftliche Anerkennung der Familienarbeit in der Pflege als Beitrag für das Gemeinwohl ein. Die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der sozialen Sicherungssysteme werden.



Themenbereich: Familienpolitik

Frage 46, Freitext: An dieser Stelle haben Sie die Möglichkeit Anregungen zum Politikfeld der Familienpolitik zu hinterlassen.

Die Reihenfolge der Darstellung gibt die Priorität der thematischen Nennungen wieder.

Inhaltliche Schwerpunkte:

1. Abschaffung des „Gender-Mainstreamings“.
2. Steuerentlastungen für Familien mit Kindern ermöglichen (häufiger mit dem Kommentar versehen stattdessen auf das Kindergeld zu verzichten).
3. Stärkung der Familie als Keimzelle der Gesellschaft.

Ende der Auswertung „Onlinebefragung zum Parteiprogramm Teil1“

Rückfragen zur Onlinebefragung beantwortet Ihnen in der Bundesgeschäftsstelle Herr Thore Rothenburg.

Thore Rothenburg
Bundesgeschäftsstelle – Strategie und Kampagnen

Tel.: 030 2655837-12
Fax: 030 2655837-29
thore.rothenburg@alternativefuer.de

Alternative für Deutschland
Schillstraße 9
10785 Berlin

www.alternativefuer.de
www.mir-geht-ein-licht-auf.de

